

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Paul Waber, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbann, Magdeburg. Druck von Franz Wetzig, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1507. Redaktion: Dr. Dinnkröge 3, Fernsprecher 981. Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Bei Bezug aus dem Ausland monatlich 1.70 Mk., 2.80 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten: 2.25 Mk. vierteljährlich, 5 Pf. monatlich und abwärts. — Anfertigungsgebühr: die jeweils erscheinende Beilage 15 Pf. Post-Zustellgebühr 5 Pf.

Nr. 40.

Magdeburg, Donnerstag den 16. Februar 1905.

16. Jahrgang.

## Von der sächsischen Justiz.

Aus Dresden wird uns geschrieben:

Zwei Entscheidungen sächsischer Justizorgane sind ergangen, die auch außerhalb Sachsens bekannt zu werden verdienen. Die erste rührt von der Dresdner Staatsanwaltschaft her. Die schäbige Kampfweise der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie ist der Ausgangspunkt der Affäre. Während des Stadtverordnetenwahlkampfes im November vorigen Jahres erschienen in den hiesigen Ordnungsbüchern, dem rassistischen „Dresdner Anzeiger“ und den konservativen „Dresdner Nachrichten“ Inserate, die die Wahl sozialdemokratischer Stadtverordneter durch Verdächtigungen des Vorstandes der Ortskrankenkasse, in dem unsre Genossen die Mehrheit haben, verhüten wollten. Der Kassenvorstand wurde zwar nicht mit direkten Worten, aber doch deutlich genug der statutenwidrigen und ungesetzlichen Verwendung der ihm anvertrauten Gelder, also der Defraudation beschuldigt, und die Wähler u. a. unter Hinweis auf die Wirtschaft in der Ortskrankenkasse aufgefordert, nicht den Votum Gärtners zu machen. Der verdächtige Vorstand stellte Strafantrag gegen die verantwortlichen Redakteure der beiden Blätter — die sauberen Verleumdungen hatten die Inserate tapfererweise nicht unterzeichnet. Die Stellung des Strafantrags entsprang vornehmlich der Erwägung, daß diese immer wieder auftauchenden frechen Verleumdungen endlich einmal ein Ende gemacht werden müsse. Es ist das eine Angelegenheit, die weit über Dresdens Reichbild hinaus Bedeutung hat, da solche Beschuldigungen zum eisernen Bestand des Agitationsmaterials der Ordnungsbücher und Ordnungsparteien in ganz Deutschland gehören und mit ihnen gern für die von den Reaktionsparteiern geschaffene Beschränkung der Arbeiterrechte in der Krankenversicherung Stimmung gemacht wird. Ganz abgesehen aber von diesem Interesse der Sozialdemokratie und der beschuldigten Krankenkassen-Vorstandsmitglieder — wozu bekanntlich auch Unternehmer-Vertreter, Nichtsozialdemokraten, gehören — an der Klärung des Sachverhalts, ist es sicherlich auch für die Öffentlichkeit wichtig, zu wissen, ob unter der Selbstverwaltung der Krankenkassen die Kassengelder richtig verwaltet werden. Wenn also die Ehre der verdächtigten Kassenvorstandsmitglieder der Staatsanwaltschaft auch zur Erhebung einer amtlichen Anklage vielleicht nicht bedeutend genug erscheinen mochte, so war man doch wohl zu der Erwartung berechtigt, daß sie ein öffentliches Interesse an der Feststellung für gegeben erachten werde, ob eine öffentlich-rechtliche Institution, wie die Ortskrankenkasse, vor Sozialdemokraten mißbraucht wird, zumal der Vorwurf ja schließlich auch amtliche Stellen, nämlich die Aufsichtsbehörden, den Rat der Stadt Dresden und die Kreishauptmannschaft mit trifft.

Die Staatsanwaltschaft Dresden ist aber anderer Meinung. Sie lehnte „den gesuchten öffentlichen Interesse“ die Strafverfolgung ab und verwies den Kassenvorstand auf den Weg der Privatklage. Die vom Ersten Staatsanwalt Dr. Vähr gezeichnete Ablehnung ist folgendermaßen begründet:

Das unter Strafantrag gestellte Inserat stammt aus der Zeit unmittelbar vor den Wahlen zum Stadtverordneten-Kollegium. Es ist ebenso üblich, in Zeiten des Wahlkampfes den politischen Gegner mit Schärfe zu behandeln, wie es für die Staatsanwaltschaft ungewöhnlich sein würde, in solchem Kampfe Partei für die eine oder andere Gruppe zu nehmen.

Dieser Bescheid ist wohl eins der überraschendsten Dokumente, die je aus der Kanzlei einer sächsischen Staatsanwaltschaft ergangen sind. Das darin ausgesprochene Prinzip berührt uns außerordentlich sympathisch; nur wünschen wir es nicht nur auf Wahlbewegungen angewendet, sondern auf alle politischen und wirtschaftlichen Kämpfe überhaupt — das heißt wir fordern grundsätzlich volle Presse- und Redefreiheit. Das bedeutet aber, wie England zeigt, nicht Straflosigkeit jeglicher Beleidigung. Wir sind durchaus einverstanden, wenn die Staatsanwaltschaft rein formale Beleidigungen, die in der Hitze politischer oder wirtschaftlicher Kämpfe fallen, nicht verfolgt, und sicherlich wird dieser Behörde von Sozialdemokraten nie zugemutet werden, gegen solche Gegner vorzugehen, die Mitglieder der Arbeiterpartei „gewissenlose Demagogen“, „Seher, die an ihre Lehren selber nicht glauben“, „Vaterlandsverräter“, „Zwanziger, die auf Kosten der Arbeiter ein gutes Leben führen wollen, die sich von Arbeitergroßen mäßen“ usw. genannt haben. Wir wünschen nur, daß wir von unsern Gegnern in dieser Beziehung der Gegenseitigkeit sicher sein könnten. Daß die Staatsanwaltschaft Dresdens Strafanträge, die zu Wahlzeiten von bürgerlichen Politikern gegen Sozialdemokraten wegen solcher formaler Beleidigungen — etwa wegen der

Ausdrücke „Ausbeuter“ und „Wanderpolitiker“ — gestellt würden, unbedingt zurückwies, daran können und dürfen wir ja nach dem oben wiedergegebenen Bescheid nicht zweifeln. Wenn wir aber etwa einen bürgerlichen Kandidaten beschuldigten, silberne Löffel gestohlen zu haben, ob die Staatsanwaltschaft sich dann auch noch für berechtigt hielt, nicht „Partei für die eine oder andere Gruppe zu nehmen“? Das vermögen wir nicht zu glauben. Sie würde sich doch wohl sagen, daß von dem Mann eine ehrenrührige Tatsache behauptet worden ist und daß er Anspruch darauf hat, sich von solcher Bezeichnung gerichtlich zu reinigen. Und sicherlich würde sie öffentliches Interesse für vorliegend erachten, wenn der Mann beschuldigt würde, als Verwalter eines öffentlichen Ehrenamts, also in amtlicher Eigenschaft, öffentliche Gelder gestohlen zu haben. So aber liegt hier der Fall des Ortskrankenkassenvorstandes, und deshalb ist uns die staatsanwaltschaftliche — Unparteilichkeit in diesem Fall einfach unverständlich.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse wird, da die Frist zur Erhebung der Beschwerde leider verstrichen ist, jetzt auf dem Wege der Privatklage eine Klarstellung erzwingen.

Der andre Fall, der auch ein bezeichnendes Licht auf die Justiz des Klassenstaates wirft, ist der des russischen Fürsten Leon Kotschoubey, über den wir gestern schon berichteten. Der Herr, der durch seine Heirat mit der Herzogin Dorothea von Leuchtenberg dem Zaren und einigen andern europäischen Souveränen nahe verwandt ist, logierte im November vorigen Jahres hier im ersten Hotel der Stadt, dem „Europäischen Hof“. Dort hat er eines Abends den Portier veranlaßt, daß der Mann wahrscheinlich zeitweilig die Folgen verspüren wird. Auf den Strafantrag des Portiers war das Strafverfahren gegen den Fürsten eröffnet worden, und am Samstagabend die Verhandlung stattfand. Den Fürsten hat sie freilich nicht sehr gereut, denn er weilte in Rom und war wegen weiter Entfernung vom Erscheinen entbunden. Sonst werden Ausländer, gegen die ein Strafverfahren schwebt, gewöhnlich in Untersuchungshaft genommen wegen Fluchtverdachts — den Fürsten hat man gegen eine Kaution von 10 000 Mark auf freiem Fuß belassen. Wie wenig diese Summe dafür bürgte, daß der Herr sich zur Verbüßung einer eventuellen Freiheitsstrafe gestellt hätte, das kann man daraus ermessen, wenn man hört, daß er ein jährliches Einkommen von 100 000 Rubel (rund 220 000 Mark) hat. Der Vertreter des Nebenklägers in der Verhandlung erklärte denn auch, da er auf Verhängung einer Gefängnisstrafe plädierte, sie könne ja allerdings nicht vollstreckt werden, aber sie würde wenigstens dem Fürsten das Wiederkommen verleiden. Die sächsische Justiz wird aber nicht in die Verlegenheit kommen, zugeben zu müssen, daß die Belassung des Beschuldigten auf freiem Fuß eine bedenkliche Sache war; denn das Gericht erkannte unter Zustimmung miteinander der Umstände (gekränktes Nationalgefühl) auf eine Geldstrafe von 1000 Mark, die nun einfach von der Kaution abgezogen werden kann. Wie sehr die 1000 Mark den Mann von 220 000 Mark Jahreseinkommen schmerzen mögen, das kann man sich vorstellen. Wir würden uns nicht wundern, wenn der Herr meinen würde, mit 1000 Mark sei der Spaß nicht zu teuer bezahlt!

Und nun vergleiche man mit diesem Urteil die Sprüche gegen Streikführer! Dann wird man die Milde des Dresdner Schöffengerichts richtig würdigen können! —

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, 15. Februar 1905.

### Die Trennung von Oesterreich und Ungarn.

Ueber den Empfang Franz Kossuths bei Franz Joseph, von dem wir Meldung erstattet haben, schreibt die Wiener „Arbeiter-Zeitung“:

Wir der Kabinettsbildung ist Herr Kossuth noch nicht betraut worden, aber an der Regierungsfähigkeit seiner Partei ist nicht zu zweifeln. Ob nämlich eine Partei regierungsfähig ist, wird nicht von der Krone bestimmt, darüber befinden die Wähler, und da diese den unerwarteten Einfall hatten, die Partei des Herrn Kossuth der Partei der Hofburg vorzuziehen, so bleibt nichts übrig, als die Dinge zu nehmen, wie sie eben gekommen sind. Der Anfang ist am Montag gemacht worden, und wenn aus dem Wahlergebnis nicht sofort die vollen Konsequenzen gezogen werden, Herr Kossuth nicht, wie es sachgemäß wäre, zum Ministerpräsidenten ernannt wird, so muß man erwägen, daß sich die sächsischen Folgen viel leichter einstellen, als die persönlichen anerkannt werden.

Wozu noch kommt, daß der Führer der Unabhängigkeitspartei einen Namen voll peinlicher Erinnerungen trägt und daß man sich schließlich an alles erst gewöhnen muß. Wenn man vor ein paar Monaten von dem dummen Liza die ganze Zeit hindurch vernommen hat, es gehe alles wie am Schnürchen und das große Ordnungsmachen werde erfolgreich zu Ende geführt werden, und nun plötzlich von Ludwig Kossuths Sohn einen Vortrag über die Unmöglichkeit des Dualismus anhören muß, so ist der Kontrast gar zu schneidend, und sich ihm anzupassen, braucht Zeit und Ueberlegung. Aber wenn Herr Kossuth nächsten nach Wien kommt — oder einzieht, wie man nach dem Zeitungspektakel sagen könnte —, so wird er Wien als zünftiger Minister verlassen. Das Hauptfordernis der Minister: Loyalität, fehlt ihm nicht, und über Programme läßt sich reden.

Auf dem Punkt ist man ja bereits; über das Programm der zukünftigen, von Kossuth befehligten Regierung wird nun verhandelt. Ein ungarisches Regierungsprogramm, was heißt das? Politische oder soziale Reformen hatten damit nie etwas zu tun, und werden auch jetzt darin, trotz aller Wahlreformversprechungen der Sieger, keine allzu große Rolle einnehmen; für derlei Dinge hat der Völkervereinigung nie Interesse gezeigt. Ein ungarisches Regierungsprogramm ist wie jenes Konzert von Paganini, es spielt nur auf einer Saite: auf der staatsrechtlichen. Es dreht sich stets und nur um den einen Punkt, aus dem Ungarns Weh und Ach seit Jahrhunderten stammt: um das Maß ihrer Unabhängigkeit und Selbstständigkeit, um den Grad ihres Zusammenhanges „mit den übrigen Provinzen und Ländern“ — die nämlich auf dem ungarischen Globus nicht Platz gefunden haben.

Es gibt also in Ungarn derzeit nur Programme über den Dualismus, und wenn man ein neues verhandelt, so bedeutet dies, daß das alte nicht mehr aufrecht zu halten, daß der Dualismus vertwirtschaftet ist. Daß Herr Kossuth von seinem ersten Ausflug nach Wien nicht gleich die Personalunion heimbringt, werden selbst die aufgeregtesten und sitelsten der Magyarenmänner begreifen; daß aber die Dinge nicht so bleiben können, wie sie bisher waren, könnte wieder der dümmste und stumpfsinnigste der Schwarz-Gelben verstehen. Kossuth hat seine Forderungen präzisiert, nun wird die Krone ihre Bewilligungen formulieren. Daß der dualistische Pakt keinen Augenblick das Endgültige war, sondern eine ununterbrochene Erweiterung und Auslegung genossen hat, ist richtig; aber dennoch erschien es bis zu diesen Wahlen staatsrechtlich als das letzte Wort — als die letzte Konzeption, welche die Krone machen mußte, als die letzte Eroberung, welche die „Nation“ machen konnte.

Nun wird auch diese Vorstellung — mehr war es eigentlich nie — aufgegeben und der Weg zur Beseitigung des Dualismus beschritten. Ob im ersten Augenblick noch der Schein gerechert und die Demotierung des Landeswerkes nur langsam vollzogen wird, ist dabei das Gleichgültigste. Nicht um den Anfang — um das Ende handelt es sich.

### Vor den englischen Neuwahlen.

Das englische Parlament ist am Dienstag zusammengetreten und in üblicher Weise mit der Verlesung der sogenannten Thronrede, dem Bericht des Ministeriums, begrüßt worden. Weiteres Interesse erregt lediglich, was darin über den Buller Konflikt mit Rußland gesagt wird:

Meine Regierung ist auch mit der russischen Regierung zu einem Einverständnis gelangt, kraft dessen einer internationalen Untersuchungskommission, die in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Gaager Friedenskonvention zusammengetreten ist, die Aufgabe anvertraut worden ist, die mit der Katastrophe der britischen Fischerflotte, welche durch das Vorgehen der russischen Flotte in der Nordsee hervorgerufen wurde, zusammenhängenden Umstände zu untersuchen und die Verantwortlichkeit für diesen beklagenswerten Zwischenfall den in Betracht kommenden zuzumessen.

So feig wie England in der Buller-Affäre zurückgewichen ist, so vorsichtig ist diese Umschreibung. Aber die „Verantwortlichkeit“ sparten die Russen auch dann, wenn sie ihnen von der Kommission aufgedeckt werden sollte, was übrigens noch nicht ausgemacht ist.

Empfindlicher für die Russen ist der tibetische Handelskrieg, der ihnen mit folgenden Worten verhaspelt wird: Ein Abkommen, das dazu bestimmt ist, die Beziehungen zwischen der tibetischen und der indischen Regierung auf eine befriedigende Grundlage zu stellen, ist in Lhasa abgeschlossen worden. Die großen Schwierigkeiten, denen unsere Mission begegnete, sind von den zivilen und militärischen Leitern in glänzender Weise überwunden worden. Die chinesische Regierung hat einen Kommissar nach Kalkutta gesandt behufs Verhandlungen über eine Konvention, durch welche der Besitz Tibet Chinas zu dem Abkommen mit Tibet ausgeprochen wird.

Der Zarismus war nicht am Ziel, nach der Mandschurei auch noch Tibet zu schlucken und damit den Engländern auf ihre indische Fesse zu rücken. Nun ist die Mandschurei verloren, Tibet und China aus dem Bereich der Kolonialstiefel gezogen und daneben tobt im Innern die Revolution.

Ueber Transvaal und seine Zukunft sagt das amtliche englische Schriftstück: „Schritte zur Einführung einer repräsentativen Konstitution in Transvaal werden ernstlich erwogen, und ich hoffe, daß sie einen wesentlichen Fortschritt nach dem letzten Ziele hin, nämlich völliger Selbstverwaltung, bringen werden.“ Es kommt mir darauf an, wie lang der Weg ist bis zum letzten Ziel.

Ueber den ostasiatischen Krieg, dem England Tibet verdankt, folgen nur zwei Sätze. Der erste konstatiert, daß er „leider andauernd“, der zweite sagt, daß die Regierung besorgt sei, „die einer neutralen Macht obliegenden Verpflichtungen aufs strengste einzuhalten“.

Die Thronrede wird in jedem der beiden englischen Häuser mit einer Adresse beantwortet. Die Adresse bedingt eine Debatte, die am Dienstag schon begonnen hat. Die Debatte wird weniger von dem Inhalt der Thronrede, als von den konservativen Bestrebungen getragen, England aus dem Freihandel in das kontinentale Schutzollsystem einzufügen. Der Führer der Liberalen, Campbell-Bannerman, spricht sofort zum Angriff gegen die Chamberlain's. Der Telegraph berichtet darüber:

Die Zollfrage sei die Hauptstreitfrage und das Land erwarte mit nachdrücklicher Ungeduld die Gelegenheit, sein Urteil darüber abzugeben. Die Opposition verlange vom Premierminister eine klare, ungewundene Erklärung, wie er über die Zollpolitik denke und was er beabsichtige. Die Opposition werde die nächste Gelegenheit ergreifen, das Haus zum Ausdruck seiner Ansicht aufzufordern. Diese Zollfrage sollte dem Lande unterbreitet werden.

Die politische Lage sei voll von Gefahr für die öffentlichen Interessen. Redner erklärt das Ministerium für demoralisiert, wie sehr dies der Fall sei, zeige sich in der ganz unangebrachten Rede, die ein untergeordnetes Mitglied der Admiralität gehalten habe. (Beifall bei den Liberalen.) Der Vizepräsident der Admiralität, Bee, sei augenscheinlich wenig beachtet worden (Weiß. d. Lib., Widerspruch d. d. Konj.), und er habe anscheinend beabsichtigt, sich einen Namen zu machen. Dies sei ihm gelungen und Laute, die bisher nie von ihm gehört hätten, müßten jetzt von seiner Existenz. (Weiß. u. Widerspruch.)

Mit dem letzten Satz sind die Kriegsdrohungen gemeint, die der genannte Redner kürzlich in einer Tischrede gegen Deutschland ausgesprochen hat und deren Zweck und Motive noch immer nicht aufgeklärt worden sind.

Die Adressenrede pflegt einige Tage zu dauern. Die liberale Opposition hofft das konservative Ministerium derartig schwächen zu können, daß Neuwahlen nötig werden. —

## Deutschland.

\*Berlin, 15. Februar. Die Siebenerkommission der Ruhrbergleute hatte am Montag an den Reichskanzler ein Telegramm gerichtet mit der Bitte, dem provokatorischen Benehmen der Rechenbesitzer ein Ende zu bereiten und seinem Versprechen gemäß gemeinsame Verhandlungen herzustellen. Darauf ist folgende Antwort Bülow's eingegangen:

Herrn habe ich davon Kenntnis genommen, daß die Bemühungen, den Ausstand der Bergarbeiter mit seinen verderblichen Wirkungen zu Ende zu bringen, Erfolg gehabt haben. Ich habe den Herrn Handelsminister gebeten, nunmehr auf Grund Ihres Telegramms das Weitere zu veranlassen.

Bernhard Bülow fehlt also der Mut, mit den Grubenmagnaten anzubündeln. Dem langen Möller wird er erst recht feindlich, internen schon Hammerstein so grob behandelt worden ist. Das „Weiter“ wird also nicht „veranlaßt“

## Auf revolutionärem Boden.

Ein Freund der Magdeburger „Volkstimme“ hat am letzten Sonntag von Königsbrunn in Oberhildesheim aus dem Zentrum der polnischen Revolution an der Grenze einen Besuch abgeplant. Seine Beobachtungen legt er in dem folgenden interessanten Briefe nieder:

Weitern habe ich mein Vorhaben, einen Blick in das russische Aufbruchgebiet zu werfen, wahr gemacht und bin mit tags 100 von Königsbrunn aus über die Grenze gefahren. Ich mußte dritter Güte gondehn, da es Anzupringen-Coudees in Rußland nicht gibt. Auf der Fahrt konnte ich die Schmutzige im Kleinen, die an der Grenze an der Tagesordnung ist, beobachten. Größere Quantitäten Zucker usw. werden vor den Augen der übrigen Mitreisenden in gebräuchliche Tüten verpackt und in den dazu hergerichteten nicht allzu appetitlichen Gewändern untergebracht. Mit unbedingten Klauen passieren die Leute dann die Zollkammer; sie freuen sich, den Zarismus um einige Kopfen ärmer gemacht zu haben. Bei der Ueberfahrt über den Grenzfluß Przemja bemerkte ich, daß auf preussischer Seite vier und auf russischer acht Grenzposten mit aufgestellten Seitengewehr standen, die russischen Plünderlinge den Weg in die deutsche Freiheit verbarren.

Gegen 2 Uhr lief der Zug in Sosnowice ein. Aus dem Bahnhof wimmelte es von uniformierten Menschenkindern: Soldaten, Grenzschutzmänner und Zollbeamten. Die Kontrolle ist unerbittlich und gründlich. Sämtliche Passagiere haben zunächst dem Grenzschutzmänner ihre Pässe abzugeben, dann wird alles in einen großen mit Barrikaden eingezäunten Platz, ähnlich einer Schatzkammer, gedrängt. Dieser eingezäunte Raum hat nur einen Ausgang, den immer nur eine Person passieren kann. Zwei Posten wachen jeden einzelnen und stoßen den zurück, der sich etwa vorzudringen magt. Nachdem die ganze lausende Menge die Pässe passiert hat, ist im Grenzamt die Abfertigung der Pässe besorgt, die nun von einem Grenzposten, der die Namen der Passagiere laut mit unbedingtem Dialekt ausruft, einzeln wieder ausgehändigt werden. Der seinen Pass wieder erwirbt hat, darf nun weiter. Er kommt in seinem Zwangslauf wieder an eine Post, die mit einem Grenzposten besetzt ist. Dieser vergleicht das

werden. Die Kohlenmagnaten herrschen und die preussisch-deutsche Regierung steckt gehorjam die Grobheiten ein. —

— Wie der „Vorwärts“ meldet, haben sich die Bergbauunternehmer aus ganz Deutschland versammelt, um gegen die angekündigte **Novelle zum Berggesetz** gemeinsam Stellung zu nehmen. Da ist es fraglich, ob die preussische Regierung es überhaupt wagen wird, das Novellchen auch nur einzubringen. —

— **Nur ein Buchstabe!** Die Londoner „Westminster Gazette“ hat dieser Tage die Nachricht gebracht, daß der russische Landtag die Kanalvorlage angenommen habe. „Russisch“ heißt nämlich auf englisch „Russian“ und „Preussisch“ „Prussian“. Eine Verwechslung ist also leicht möglich, da Preußen vor Rußland in der Welt nur ein P voraus hat und sonstige Unterschiede dem Ausländer, zumal dem freien Briten, nicht ins Auge fallen. —

— Einem preussischen Staatsbeamten ist es nicht erlaubt, sich an Sammlungen für die **streikenden Ruhrbergleute** zu beteiligen. Aus der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses wird nämlich gemeldet:

Bei der Universität Bonn wurde zur Sprache gebracht, daß der Kurator dieser Hochschule, Geheimrat v. Kottenburg, sich an einem Aufruf zu Sammlungen aus Anlaß des Bergarbeiterstreiks beteiligt habe. Während hervorgehoben wurde, daß dem Abgeordnetenhause eine Kritik der beiden katholischen Kirchenfürsten in dieser Beziehung nicht zustehe, wurden Bedenken geäußert, ob ein solches Verhalten mit den Pflichten eines Staatsbeamten vereinbar sei. Der Minister erklärte, daß die Erwägungen noch nicht abgeschlossen seien, inwieweit dem Kurator der Universität Bonn disziplinäre Vorhaltungen zu machen seien wegen seiner Beteiligung an einem Aufruf zu Sammlungen aus Anlaß des Bergarbeiterstreiks.

Rottenburg wird gut daran tun, seine Sachen zu packen. Sympathien zu äußern mit kämpfenden Arbeitermassen widerstreitet den Pflichten eines preussischen Staatsbeamten. Diese haben sich stets auf seiten des Kapitals zu halten. Weil wir nämlich in der „Sozialreform“ in der Welt voranschreiten. In England freilich haben die Minister für die streikenden Bergarbeiter vor drei Jahren große Summen hergegeben. Aber das, was dort geschieht, ist für uns nicht maßgebend. Wir richten uns im Vorrußland nach den russischen Beispielen! —

— Der lange Möller hat in Anknüpfung an einen Spezialfall die Stellungnahme gekennzeichnet, welche der **Rußische Senat** bei Streitigkeiten zwischen **Krankenkassen und Ärzten** zuzuwenden wäre. In diesem Erlaß heißt es wie folgt:

Es ist nicht die Aufgabe der Aufsichtsbehörde, die Ansprüche der Ärzte und Krankenkassen auf ihre Berechtigung hin zu prüfen und nach dem Ergebnis der Prüfung entweder zugunsten der Ärzte, oder zugunsten der Krankenkassen eine Entscheidung zu treffen, sondern sie ist verpflichtet, lediglich das Interesse der versicherten Kassenmitglieder im Auge zu behalten und unter allen Umständen dafür Sorge zu tragen, daß die Kassenmitglieder eine ausreichende ärztliche Fürsorge nicht entbehren. Ist die Erfüllung dieser Verpflichtung nur dadurch zu erreichen, daß die Ansprüche der Ärzte erfüllt werden, so muß die Aufsichtsbehörde diese Forderungen selbst auf die Gefahr hin nachgeben, daß eine Erhöhung der Beiträge notwendig wird. Im übrigen weist ich noch darauf hin, daß der Pauschsatz von 3 Mark für den Versicherten schon von jeher in weiten Bezirken des preussischen Staatsgebietes als der Mindestsatz angesehen worden ist, zu dem den Ärzten eine Hilfsleistung billigerweise zugemutet werden kann.

Was bejagt: die preussische Regierung steht immer auf seiten der Ärzte, auch dann, wenn diese streiken, sich also der „Hydra der Revolution“ in den Rücken werfen. Der Streit darf sich aber nur gegen die Arbeiter und nicht etwa gegen die bestehenden Klassen richten. Wenn dies möglich wäre, würde der Ehrentitel der Ordnungshüter den Ärzten schnell entzogen werden. —

Paß-Signalelement mit dem lebenden Objekt, vijiziert oberflächlich, beaugenscheinigt die Fahrkarte und der Einzug in Sosnowice ist beendet.

Der Eindruck, den man von der Stadt empfängt, ist schlimmer als niederdrückend. Die erste Straße, die ich passierte, endete nur unregelmäßig aneinander gereichte zerfallene, aus Fachwerkbauweise bestehende Hütten. Jeder scheint sein Haus dort hin gestellt zu haben, wo es ihm beliebt. Die Häuser stehen nicht dicht beieinander, sondern sind durch schmucklose Höfe getrennt, die nach der Straße hin durch zerfallene, schief in ihren Angeln hängende Tore verschlossen sind. Die Umhauerteile, die Menge von Schmutz und Unrat, der sich hier zeigt, ist jeder Beschreibung. In dem erbsämlichen, berückeligen galizischen Grenzort Pendergor sieht es nicht schlimmer aus, wie hier. In der Mitte der Fußgängerstraße befinden sich die Eingänge zu den Kellergevißnissen, in denen mit allem möglichen gehandelt wird. Alles liegt bunt durcheinander; Regale, Kästen, Tische kennt man nicht. Da findet man Schmittentel, Straichhölzer, Nischschahnen, Dachmägel und andre Schwartzenzettel in wirrem Gemisch. Auf der andern Seite der Straße stehen Verkaufsbuden in derselben Verfassung und mit ähnlichem Inhalt. In der Mitte ein inapp fünf Reiter kreuzer Fahrtdamm, auf dem Schlitten, Wagen und Furage-Karren der Kosaken verkehren, mit ihrem charakteristischen Holzbügel über der Ehre. Im übrigen war der Personenverkehr ziemlich reger, meistens Juden und wenig Polinnen.

Nach halbständiger Fahrt durch Gassen, Höfe und Häuser erwiderte ich des Theater; an demselben das verandaartig erbaute Theater-Kapellhaus. Gegenwärtig ist das Theater in ein Katernement für die Dragoner umgewandelt. Das Aeußere dieser Hütte der russischen Erbauung ist widerwärtig, um so mehr, da ich sie beobachten konnte, wie sie sich ungeniert in ihrem Zerknise haben. Der Gesichtsausdruck dieser Stadtruffen ist unappetitlich. Dazu die meistens schmutzige Kleidung aus kurzer, enger Schürze, blauen Hosen und langen Stiefeln. Andererseits schien der Verkehr der dienenden Patrouillen mit dem Publikum ein ganz leidliches, nebensächliches sogar intimer zu sein. Ich konnte verschiedentlich beobachten, daß die patronisierenden Jüngerinnen und Kosaken, die in Truppen von 5-10 Mann in kurzen Zwischenträumen die Straßen dieses Stadteils durchzogen,

— Die „Nationalzeitung“ meldet aus **Südwestafrika**, General v. Trotha werde voraussichtlich in nicht mehr ferner Zeit, wenn im Zentrum und Süden im wesentlichen die Ordnung wiederhergestellt ist, seine **Rückreise** in die Heimat antreten. Der über kurz oder lang unvermeidliche **Ovambo-Feldzug** bedürfe größerer Vorbereitungen insbesondere auf dem Gebiete des Verkehrswesens. — Aus Windhut wird folgende Ergänzung der **Verlustliste** gemeldet: Reiter Friedrich Endrejat am 8. Februar 1905 im **Vazarett Epukiro an Typhus** und **Kuher gestorben**. —

\* **Erfurt**, 14. Februar. Die hier tagende Konferenz von **27 Handwerkskammern** aus ganz Deutschland sprach sich einstimmig gegen den allgemeinen **Befähigungsnachweis** aus. —

\* **Braunschweig**, 14. Februar. Die braunschweigischen **Kohlenbergwerke** erhöhen die Arbeiterlöhne auf die Höhe von 1901. Die Erhöhungen betragen bis 10 Prozent.

\* **Lübeck**, 14. Februar. Von den vom Gemeinderat in Schwartau nach Nichtbestätigung zum zweitenmal gewählten zwei **sozialdemokratischen Beisitzern** ist nunmehr der eine bestätigt worden, während dem andern die Bestätigung versagt wurde. —

\* **Sof**, 14. Februar. Bis 1/11 Uhr nachts lagen in der **Reichstagswahl** im Wahlkreis Hof folgende Wahlergebnisse vor: Dr. Goller (natl.) 10 042, Metzger (Bund der Landwirte) 2863 und Geißler (Soz.) 10 041 Stimmen. Im Jahre 1903 fielen Stimmen auf den Nationalliberalen 7573, den Freijünger 4182 und den Sozialdemokraten 10 678. Das Resultat aus einer Anzahl Ortschaften steht jetzt noch aus. —

## Ungarn.

Im Szegedener Wahlbezirk ist am Dienstag der Stichwahl der erste Sozialdemokrat als Reichstagsabgeordneter gewählt worden. Seine Mehrheit beträgt 26 Stimmen. Die Magyaren, Liberale wie Unabhängige, werden sich heilen, durch Ungültigkeitserklärung den Sticht aus ihrem Karpfenteich hinauszufischen. —

## Belgien.

Eine 15 Delegierte der streikenden Bergarbeiter wurden am Dienstag in Begleitung ihrer Kammerabgeordneten vom Arbeitsminister Francoise empfangen. Die Arbeiter erbat den Minister Vermittlung bei den Grubenbesitzern behufs Erfüllung der von den Streikenden aufgestellten Forderungen. Der Minister lehnte jedoch jede Intervention ab, da der Streit aus Solidaritätsgründen begonnen worden sei, um so eine Lohn-erhöhung durchzusetzen. Die entschiedene Weigerung des Ministers hat auf die Führer der Arbeiter den denkbar schlechtesten Eindruck gemacht. Es soll nun versucht werden, den Minister in der Kammer zu interpellieren. Der Generallstreik wird bis auf weiteres mit aller Energie fortgesetzt. —

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 15. Februar 1905.

**Die für alle versicherungspflichtigen Personen sehr wichtige Entscheidung** fällt kürzlich das Reichsgericht. Es handelt sich um folgenden Fall:

Das Landgericht Meuthen hatte den Klageanspruch einer Bedienungsfrau W. in Meuthen gegen die Witwe und die Erben eines Kaufmanns L. vorzulegen für berechtigt anerkannt und die Beklagten zu einer vom 1. Januar 1904 ab vierteljährlich zu zahlenden Rente von jährlich 124 Mark verurteilt; außerdem sollte die Klägerin für die Zeit vor dem 1. Januar 1904 248 Mark erhalten. Die Klägerin war bei dem verstorbenen Ehemann der Beklagten als Bedienungsfrau von Ostern 1893 bis Dezember 1901 täglich zwei Stunden beschäftigt. Der verstorbene L. soll geglaubt haben, daß die jetzige Klägerin gar nicht versicherungspflichtig war. Als die Klägerin im Dezember 1901

stehen blieben, sich mit den Leuten unterhielten und vor den Arbeiterhäusern mit den Mädchen schäkerten. In Preußen ist eine solche Auffassung des „Dienstes“ schon in ruhigen Zeiten gefährlich; in kritischen Tagen erster Ordnung aber nicht auszuhalten. Und hier? Vor wenigen Tagen erhoben dieselben Burchen die **Mordwaffe** und streckten die Revolutionäre in den Sand, mit deren Klassenbrüdern sie heute harmlos plaudern, mit deren Klassenhelfern sie liebevoll tändeln! ...

Im Theater fand ich Unterhaltung mit einem Hüttenmeister der Glashütte, die seit 14 Tagen stillliegt. Der gute Mann war der Ansicht, daß die „Macher“ den Aufruhr weniger deshalb inszeniert hätten, um eine Verfassung und den Parlamentarismus zu erringen, sondern um sich ein Königreich Polen zu erkämpfen. Die jammervolle Lage der Arbeiter liege zum großen Teile an den verschlagenen hinterlistigen Juden, die den Handel, die Schnaps-, Bier- und Kaffeegeschäfte in Händen haben und das Volk betrügen. Eine richtige Antwort mußte ich mir in Anbetracht der Situation leider versagen. Zimmerhin lernte ich die **Mitbestimmung** meines Gewerksmanns verstehen, als man mir für einen Vollen und einen Schnitt 50 Pf. abnahm und ich nach langem Feilschen endlich fünf Kopfen rettete und ich später für zwei Glas Kaffee, ein Stückchen Kuchen und drei Ansichtskarten zwei Mark bezahlen mußte. Hier war mein Handeln vergeblich. Um nicht mehr allzusehr über's Ohr gehauen zu werden, wechselte ich mein letztes Fünfmarkstück gegen russische Münze, zwei Rubel und dreißig Kopfen, ein.

Da mir mitgeteilt wurde, daß der Schauplatz der schußlichen **Rebele**, die Katharinenhütte, außerhalb liegt, war ich nicht abgeneigt, eine Fahrt dahin mit dem Schlitten zu unternehmen, als mich ein Kutscher dazu animierte. Der Mensch verlangte aber fast meine ganze Polichast, zwei Rubel. Nach einem längeren Wortgefecht in deutsch-polnisch-russisch-Krauberdeutsch gab er sich mit der Hälfte zufrieden und fort ging es in einem Tempo, was die Gänse laufen wollten, dazu machte der Beherrschter des Kutscherbods einen Skandal, daß mir Hören und Sehen verging. Mit der Zeit gewöhnt man sich aber an alles, sogar an eine russische Schlittenfahrt. Nach einer guten halben Stunde erreichten wir den **Mordplatz**: Himmel und Soldaten; an die Katastrophe selbst erinnerte nichts mehr. Dafür erschien mir die Soldateska in ihren

## Deutscher Reichstag.

(141. Sitzung.)

Berlin, 14. Februar, 1 Uhr.

### Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Sitzung der Handelsverträge.

Abg. Herbert (Soz.): Die Ausführungen des Redners kleiden bei der im Hause herrschenden Unruhe auf der Tribüne zum Teil unverständlich. Mit Ausnahme eines kleinen Häufchens hat das ganze Häufchen den arbeiterfeindlichen Posten angenommen. Auch die Großgrundbesitzer sagen den Arbeitern: „Dass sie betteln gehen, wenn sie hungriig sind.“ Die Regierung ist stets bereit, für die Agrarier einzutreten; soll sie einmal den Arbeitern helfen, vermag sie, wie wir beim Streit im Ruhrgebiet gesehen haben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Großgrundbesitzer werden die Maßnahmen in Folge der Zölle einstreichen; ihren Arbeitern werden sie nichts davon abgeben. Bei wirklich freien Wahlen würden wir auch die öffentlichen Wahlkreise den Agrariern entreißen. ...

Abg. Schwerin-Löwitz hat den Mehrertrag der neuen Zölle für die Landwirtschaft auf 105 Millionen berechnet. Die Arbeiterschaft hat diese Summe aufzubringen. Während man das Brot verteuert, läßt man die galizischen Gänse zollfrei eingehen, damit sie in Pommeren gemästet und dann als pommerische Gänse verkauft werden können. ...

Abg. Maunehorn (natl.): Baden steht im Getreidebau zurück. Daraus ziehen Sie (b. d. Freis.) den Schluß, die Badener müßten gegen die Erhöhung der Getreidezölle sein. (Abg. Götthel: Sehr richtig!) Aber die Badener wollen, daß die Süddeutschen für den Schutz ihrer Gewächse eintreten, also müssen sie auch für den Schutz des ostdeutschen Kornes stimmen. (Sehr richtig! rechts.) Man muß immer die Interessen der Allgemeinheit wahren. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Tabakzoll ist zu niedrig. ...

Württembergischer Minister Dr. v. Fischer (auf der Tribüne fast ganz unverständlich) scheint gegen einige Ausführungen des Vorredners zu polemisieren.

Abg. Stöcker (Wirtsch. Bg.): Wenn die Kleinen Leute in meinem Wahlkreis auch nicht alle Positionen des Tarifs billigen, so halten sie doch den Abschluß von Handelsverträgen für äußerst wichtig im Interesse der Allgemeinheit. Die Handelsverträge sind mit äußerster Sorgfalt auf der Grundlage einer Verständigung zwischen Landwirtschaft und Industrie abgeschlossen. Die Landwirtschaft ist die Seele des Volkes, und was hätte es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Schippel und sogar Kartsch haben die Not der Landwirtschaft gegeben. Die Leute, die so gegen die Agrarier losziehen, sind Gladiatoren der Berliner. (Heiterkeit.) Mit allen Ihren Nebensarten finden Sie (nach Stöcker) bei den Bauern keinen

Anklang. Diese sind für die Verheugung zu gut und zu patriotisch. (Donnerndes Bravo! rechts.) Mit Schlagworten treibt man keine Volkswirtschaft! (Donnerndes Bravo! rechts.) Jeder Zunge auf dem Lande weiß, daß auch der kleinste Bauer sein Korn lieber verkauft als veräußert. (Bravo! rechts.)

Gewiß haben die Kleinbauern nicht so viel Nutzen von den Zöllen, wie die Großgrundbesitzer. (Hört, hört! links.) Manche haben von den Kornzöllen gar keinen Nutzen. Dafür sind sie an den Viehzöllen interessiert. Die Landwirtschaft hebt über die geistigen und seelischen Gefahren der Industrie hinweg; das wissen alle jene Industriearbeiter, die so glücklich sind, ein kleines Häufchen, ein kleines Gärtchen, ein Stückchen Feld ihr Eigen zu nennen. (Bravo! rechts.) — Ganz Europa muß gegen die juchzende amerikanische Gefahr zusammenstehen. Daher sind uns die Meißelbesichtigungsverträge wichtiger als die Handelsverträge; und um uns über die ersteren zu unterhalten, stimmen wir dafür, die letzteren der Kommission zu überweisen.

Abg. Pruhn (Ant.): Die Parteien der Linken überbieten sich, die Wähler und besonders die Bauern zu beschwindeln. (Gr. Unruhe! links; Zuruf: Selbst Schwindler!)

Vizepräsident Graf Solberg: Sie dürfen keiner Partei Schwindel vorwerfen!

Abg. Pruhn (fortf.): Den Wrothwücher betreiben nicht die Landwirte, sondern die ägyptischen Edelente, die schon zu Josephzeiten mit Brot gewuchert haben. (Stürmische Heiterkeit links.) Wir wollen den Bauernstand erhalten, wir wollen auch, daß der Großgrundbesitzer zilliere. (Uha! links.) Wir begründen die Handelsverträge als den ersten Schritt auf dem Wege, der von der unheilvollen Captivischen Handelspolitik zu einer verständigen Mittelstandspolitik führt. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Gerlach (Freis. Bg.) wird von der Rechten mit Grinsen, Lachen, Unruhe und höhnischen Zwischenrufen empfangen. Erst nach einigen Minuten gelingt es ihm, sich verständlich zu machen: Es wäre Ihnen (nach rechts) gewiß lieber, wenn nur Abgeordnete der Rechten sprächen. (Widerpruch rechts.) — Die Rede des Abg. Heim war sehr wertvoll. Er hat uns von der Linken ja etwas getrotzelt (Heiterkeit), uns etwas getrigelt (Heiterkeit), aber ganz anders hat er die Handelsverträge und ihre Vertreter sowie die Großgrundbesitzer mitgenommen. Falls die Verhandlungen in ihrer ganzen Schärfe ins Stauung kommen (Abg. Heim: Ja! Unruhe rechts), so werden wir daraus ein Exzerpt machen und damit agitieren. Wir danken Ihnen, Herr Dr. Heim, daß Sie so kräftig betont haben, daß die sieben Handelsverträge, diese sieben Wechselbälge (Grinsen rechts), dem Großgrundbesitzer auf den Leib zugeschnitten sind. (Zustimmung links. Abg. Heim ruft: Den Dank, Dame, begehre ich nicht! Stürmische Heiterkeit.) Wenn Ihnen auch unser Wort unbequem ist, Sie kommen doch nicht darum weg! (Erneute Heiterkeit.)

Der Tarif ist auf eine Weise zustande gekommen, die man zwar hier nicht als Rechtsbruch bezeichnen darf, die aber dranhin noch schlimmer bezeichnet wird. (Zehhafter Beifall links.) Fürst Bismarck hat in der Tat, wie mein Freund Götthel anführte, Rußland einen Vertrags-Kornzoll von 1 Mark zugegeben wollen, weil er aus politischen Gründen einen Vertrag mit Rußland gebraucht. Solange wir kein ausdrückliches Dementi vom Regierungstisch haben, müssen wir an dieser Tatsache festhalten. — Nun ein Wort zu den Nationalliberalen. (Uha! b. d. Natlib.) Dem nationalliberalen Agrarier Sieg muß die Rede seines Parteigenossen Penner sehr unangenehm gewesen sein. Von dem Anfang und dem Schluß abgesehen, die durch Fraktionsrücksichten geboten waren, erschien die Rede Penners als eine scharfe Philippika gegen die Handelsverträge. Die Nationalliberalen haben dadurch, daß sie den Antrag Kardowf durchbringen halfen, mitgeholfen, der deutschen Maschinenindustrie ein Grab zu bereiten. Was will es besagen, daß die Landwirtschaftskammern sich für den höchsten Zollschutz ausgesprochen haben. Die Landarbeiter sind in ihnen untertreten. Die Industriearbeiter können sich durch ihre Gewerkschaften einen gewissen Anteil an einer günstigen Konjunktur erzwingen. Den Landarbeitern ist das unmöglich — und aus welchem Herzen jagt kein Agrarier auch nur einen Pfennig mehr. (Sehr richtig! links.) Das Koalitionsrecht wird den Arbeitern durch Gefängnisstrafen unmöglich gemacht. Die Lohnverhältnisse sind geradezu elende. — Redner führt einzelne Beispiele an. (Zuruf rechts.)

Präsident Graf Ballestrem: Ich bitte die Zurnse zu unterlassen, Sie halten nur das Geschäft auf. (Stürmische Heiterkeit links.) Abg. v. Gerlach (fortf.): Wenn durch die Folgen der Handelsverträge zahlreiche Arbeiter brotlos aus das Land zurückgejagt werden, die Löhne noch mehr sinken. Daß der Bauer kein Interesse an hohen Kornzöllen hat, geht schon daraus hervor, daß die polnischen Abgeordneten, alle mit Ausnahme des Abg. Korjanty Vertreter ländlicher Wahlkreise, von ihren Wählern gezwungen worden sind, sich gegen die Zölle zu erklären. Und dazu haben auch mich die heftigsten

Bauern gewählt. Der Generalsekretär der Nationalliberalen in Hannover hat nachgewiesen, daß in der Provinz Hannover selbst von den Großbauern nur ein kleiner Teil von Kornzöllen Vorteil hat.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich habe in den Archiven nachgeforscht, aber nicht die Spur eines Anhalts dafür gefunden, daß Fürst Bismarck mit den Getreidezöllen bis auf 1 Mark heruntergehen wollte. (Hört, hört! rechts.) Aber selbst wenn Fürst Bismarck unter 5 Mark hätte heruntergehen wollen, was wollte das für die heutige Zeit besagen? Die Staatskunst ist kein Dogma und muß mit den bestehenden Verhältnissen rechnen. Wenn Fürst Bismarck noch lebte, würde er wahrscheinlich unserer Ansicht sein. (Bravo! rechts.) Die Produktionskosten der Landwirtschaft sind bedeutend gestiegen, und man muß doch die Lage eines Berufs nach den Nettoerträgen einschätzen. Es besteht im großen und ganzen ein freundliches Verhältnis zwischen Großgrundbesitzer und Bauer. Aber so weit geht doch die Freundschaft nicht, daß die Bauern nur um die schönen Augen der Großgrundbesitzer für höhere Zölle eintreten würden. Die Bauern sind manchmal zu so hohen Höhen gezwungen, daß sie lieber ihren Besitz aufgeben und in die Stadt zur Fabrik gehen.

Soziale Abkommen in Bezug auf Arbeiterversicherung sind nicht nur mit Frauen, sondern auch mit Oesterreich-Ungarn abgeschlossen worden. — Es werden die schrecklichsten Folgen vorausgesetzt, die die Handelsverträge angeblich haben werden; es heißt, die Industrie werde im Ausland getrieben werden, wie es beim Wörtengesetz hieß, das Kapital werde zur Flucht ins Ausland genötigt werden. Ich werde nach einigen Jahren mit auf Grund dieser Verhandlungen zusammenstellen, was alles prophezeit worden und was wirklich eingetreten ist: Dichtung und Wahrheit. (Sehr gut! rechts.)

Abg. Wogt=Hall (Wirtsch. Bg.): Um die Abgeordneten der Linken zu überzeugen, müßte man sich die Zunge wund reden. (Sehr richtig! rechts.) Ich bin gegen langfristige Handelsverträge. Zwölf Jahre sind zu lang. Was sind zwölf Jahre? Zwölf Jahre sind ein Zeitabschnitt. (Sehr richtig! links.) Ich meine, sie sind die Hälfte der Zeit, in der ein Betriebsinhaber seinen Betrieb leitet. Ich bedauere jeden jungen Mann, der ein Gut übernimmt. Will ein Bauer auf seine Rechnung kommen, muß er sich zu Tode wirtschaften. Es ist ganz unerhört, daß die Regierung die Weins- und Obstbauern der Schweizern und Italienern aufzärtelt. Wir hoffen, daß die ganze Seite des Hauses, die auf der rechten Seite sitzt (Heiterkeit links), die gerechten Forderungen der süddeutschen Bauern unterstützen wird, auch die Herren Nationalliberalen, die ja als ersten Redner ihr meistagrarisches Mitglied hier haben (sprechen lassen. (Uha! b. d. Wirtsch. Bg.)

Abg. Wittermeier (Wirtsch. Bg.) weiß nicht, wo die Maßgerste aufhöret und die Futtergerste anfängt. (Heiterkeit.) Abg. Götthel (Freis. Bg.) hält daran fest, daß die Neußerung Bismarcks, er würde ev. im Vertrage mit Rußland auf 1 Mark Kornzoll herabgehen, gefallen sei und sich in den Akten des Handelsministeriums befinden oder dort befinden habe.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt, es handle sich um ein Mißverständnis. Fürst Bismarck habe nicht auf eine Mark, sondern um eine Mark herabgehen wollen. (Ungläubiges Schütteln des Kopfes auf der Linken.)

Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgg. Sieg (natl.), Heim (Ztr.), v. Gerlach (Freis. Bg.). Abg. Maunehorn verweist die Handelsverträge auf eine 28 gliedrige Kommission verweisen.

Präs. Graf Ballestrem schlägt vor, die nächste Sitzung am Sonnabend abzuhalten. Die Kommission könne bis Freitag abend ihren Bericht feststellen.

Abg. Graf Reventlow (Ant.) glaubt, die Kommission werde wohl kaum bis dahin fertig sein, zieht aber seinen Antrag, erst am Montag wieder zu tagen, zurück.

Auf Antrag Singer wird durch die Stimmen der Kart besetzten Linken und der Antikenten auf die Tagesordnung der Sonnabendung gesetzt: Tolerauzantrag und Arbeitskammer Schluß 6 1/2 Uhr. —

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, 15. Februar 1905.

### Das deutsche Port Arthur.

Die Budgetkommission des deutschen Reichstags hat am Dienstag den Etat von Kiautschou beraten. Wie alle andern gesegneten Kolonien des Reiches stellt sich auch dieser ostasiatische Kostgänger alljährlich an des Reiches Futtertrippe ein. 6 1/2 Millionen vermag er stolz als eigne Ein-

## Fenilleton.

Kadavert verboten.

### Das schlafende Meer.

Roman von Clara Diebig.

(4. Fortsetzung.)

Bräuer wunderte sich: Konnte der denn nicht lesen? Da stand's doch groß und breit, deutlich an jedem Kreuzesarm, wohin!

„Schwalthorcyce,“ belehrte der jetzt plötzlich lebhaft gewordene Kutischer und wies nach rechts — und dann ein wenig nach links: „Niemyce“ — und dann ganz nach links: „Przyborowo!“

„Przyborowo — Przyborowo!“ Mit einem Aufatmen der Erleichterung wiederholte das die ganze Schar.

Mochten die müde sein! Frau Kettchen's blaue Augen musterten die braunen Weiber: ach je, die waren ja noch alle ganz jung, nur eine Alte war dabei!

Die Weiber wiederum musterten sie. Plötzlich trat eine der Braumen, der das rote Kopftuch in einer spitzen Falte über der Stirn vorstank, dicht an die Britschka, schaute nach dem Kleid der darin Aufrechtstehenden und drückte es demütig an die Lippen. Aus der an den vier Zipfeln zusammengebundenen Mächt\*, die ihr schwer auf dem Rücken hing und ihre Schultern vordrückte, guckte neben dem irdenen Dwojak, dem Zwillingstopf zum Essentragen, neben einer Kesseltülle, einer Gade und einem Löffelstiel, in ein Bettkissen eingebündelt ein Kinderköpfchen. Allen Strahlen der Sonne preisgegeben, schlief der Säugling, beperlt von Schweiß.

Begehrlich funkelten die Augen der jungen Mutter. Gastig langte Frau Kettchen nach ihrem Körbchen: ach, wie mochte der Armen zumute sein! Und sie teilte aus in die

ausgestreckten Hände, denn auch die andern Weiber hatten sich hinzugehängt. Alle Müdigkeit schien plötzlich von den erschöpften Gestalten gemichen; die bei der Anstrengung des Wanderns zusammengereiften Rippen hatten sich glücklich lachend, geteilt; Dankesbeteuerungen und Segnungen, von denen die deutsche Frau nichts verstand, tauschten nur so dahin.

Peter Bräuer hatte seine Frau gewähren lassen; ihn interessierten die Männer, diese unterlegten, muskulösen, sehnigen Gestalten. Also so sahen die aus?! Sm! Sahen schon aus, als ob sie arbeiten könnten! Aber in Arbeit nehmen durfte man die drum doch nicht — nur nicht! Es war eine Gefahr, daß die sich hier festlegten.

Die Herren hatten schon ganz recht, in der Zeitung, die man ihm zugestellt, zu schreiben: „Weg mit ihnen, deutsche Arbeiter her!“ Nur dann wird man auch deutsches Land haben, und alles! —

„No, wat is dann?“ Ein Petergeheer hatte Bräuers Betrachtungen gestört. Die Halbwichsigen, die sich im Korn verloren, kamen schreiend angerannt: „Poludnica, poludnica!“ Und die Weiber griffen den Schredensruf auf: „Poludnica, poludnica!“ und gaben sämtlich Ferkelgeld.

Die Männer blieben zwar stehen, aber auch sie blickten beunruhigt; war da etwa das Mittagsgespinnst, die Poludnica, die, wenn die Sonne hoch steht, durchs Korn streicht, um darin herumtreifende Kinder zu fangen?

Gen Niemyce zu schlug das Korn im heißen Wind Wellen. Wie flutendes Wasser schwappte und wogte der goldene Schwall, und die scheitelrechte Sonne goß noch einen goldenen Strom vom Himmel dazu nieder. Witten in diesem Meer, im blendenden Mittagssauber der Mehren war plötzlich eine Gestalt aufgetaucht, hell der Hut und das Gewand, hell das Gesicht, und die Flechten wie reifer Weizen.

„Su, Poludnica!“ Noch einmal kreischten die Weiber laut auf.

Selbst die Bräuers waren erschrocken, hatten niemand kommen hören noch sehen. Im wogenden Meere war jene jacht dahergewandelt gekommen, auf laute kenntlichen Fußspädhchen. Verdutzt starrten sie in den weißen Gesicht.

Aber der Kutischer war blitzschnell von der Stelle gesprungen; den Hut bis zur Erde reizend, wie wenn bei der Boza meka, grüßte er ehrfurchtsvoll, untertänig.

Da zog auch Peter Bräuer den Hut, — die jetzt aber mal eine vornehme Dame!

Ein raucher Blick aus den heißen Augen der blonden Frau streifte ihn, dann nickte sie ihm freundlich zu: „Guten Tag!“

Gord, was war das?! War das Russin? Glockenklang aus heimischem Land? Oder kam's vom Himmel herab?!

Frau Kettchen war auf den Sitz zurückgefallen, ihre Rippen fingen plötzlich an zu zucken; heiß schoß es ihr in die Augen, jämme Tränen der Sehnsucht begannen über ihre Wangen zu rinnen. Aber es waren auch Tränen der Hoffnung. Einen Nebel legten sie wohl vor ihre Augen; doch der Nebel war nicht grau wie die Schleier des Abends, golden durchleuchtete ihn Licht des Morgens, denn mitten in ihm stand eine fremdliche Gestalt, die Frau mit blonden Flechten und heißen Augen, und — die sprach Deutsch.

„Guten Tag!“ schrien die Kinder; es klang jubelnd.

„Guten Tag, gnädige Frau!“ rief Valentin fest.

„Guten Tag!“ sprach auch bedächtig und respektvoll der alte Bräuer; und sein Weib stammelte leise nach — es konnte nicht laut sprechen vorm heftigen Klopfen des gerührten Herzens —

„Guten Tag!“ (Fortsetzung folgt.)

wähmen zu verzeichnen; da es aber 21 braucht, muß das Reich mit 14% Millionen einspringen.

Unter den einmaligen Ausgaben befindet sich eine von 2 1/2 Millionen Mark, die die Armierung des „Sonnenplatzes“ betrifft. Sie entseffte eine lebhaft Debatt, in der der Marinefektar v. Tirpitz auf einen Vorhalt Webers über die exponierte Lage der Pachtkolonie die bedeutungschwere Antwort gab, die Marineverwaltung habe durchaus nicht die Absicht, aus Kiautschou etwa ein Port Arthur zu machen.

Man darf es der Marineverwaltung aufs Wort glauben, daß es durchaus nicht in ihrer Absicht liege, Kiautschou zu einem zweiten Port Arthur zu machen. Es war ja auch durchaus nicht die Absicht der russischen Regierung, Port Arthur das werden zu lassen, was es jetzt geworden ist. Aber so wenig es in der Macht der russischen Regierung lag, einen mit ungeheuren Kosten besetzten, aber durch seine Lage unhaltbaren Platz festzuhalten, so wenig liegt das auch in der Macht des Deutschen Reiches.

Die Entwicklung der Dinge in Ostasien hat gezeigt, daß man dort nicht kolonisieren kann wie auf den Südsee-Inseln. Kolonien und ein paar alte Gewehre reichen da nicht aus. Wer in Ostasien territoriale Interessen zu schützen hat, muß in der Lage sein, zu diesem Zweck Kräfte einer Weltmacht aufzubieten; er muß imstande sein, Niesengewader und Niesenarmeen nicht bloß zu haben, wenn es schon zu spät geworden ist, dorthin zu dirigieren, sondern sie dort dauernd zu unterhalten. Wie die Dinge aber tatsächlich liegen, ist ein solcher Schutz Kiautschous eine lächerliche Unmöglichkeit. Wenn etwa Japan auf Kiautschou Appetit bekäme — und es würde durch keine politischen Gründe von der Befriedigung seiner Gellüste abgehalten —, so würde eine kleine Spazierfahrt dazu genügen, die deutsche Pachtkolonie in seinen Besitz zu bringen. Soviel Grund vorhanden ist, an eine solche Möglichkeit für die nächste Zukunft zu denken, so sind die Vorbedingungen zu ihr dort vorhanden, und sie werden vorhanden bleiben, solange Deutschland nicht Milliarden ausgibt, um einen wertlosen Besitz — nicht sichern, sondern nur einigermaßen behüten zu können.

Die deutsche Weltpolitik ist also der umgekehrte Siegfried. Hat dieser sich künstlich unverwundbar gemacht und nur durch Zufall eine Stelle offen gelassen, so hat jene sich künstlich ihre verwundbare Stelle geschaffen. Statt, wie es ihre Absicht war, ihre Macht im Osten zu vermehren, hat sie mit diplomatischem Genie den wirklichen Mächten des Ostens ein dankbares Angriffsobjekt geschaffen.

Die Abgeordneten Semler und Arendt haben als prinzipielle Weltpolitik vollkommen recht, wenn sie meinen, es müßte bei der Befestigung Kiautschous nun mit aller Energie vorgegangen werden. Zur „Befestigung“ Kiautschous gehören aber nicht nur ein paar Kanzentürme, sondern auch Menschen und Schiffe — etwa — seien wir bescheiden! — eine Armee von einer Viertelmillion Mann und ein kleines Doppelgeschwader, die dauernd in Ostasien stationiert werden müssen. Mit einer solchen Macht kann man zwar immer noch Schlagen kriegen, aber man kann wenigstens den Anfang riskieren!

Da die deutsche Reichsregierung aber doch nicht verwegener genug ist, die Konsequenzen ihrer eignen Politik zu ziehen, beschränkt sie sich auf ein paar kleine Millionenforderungen, die zwar tief in den Geldbeutel des Volkes greifen, aber doch nur dazu ansetzen, Deutschland in Ostasien als die furchtbare Figur der Weltpolitik erscheinen zu lassen. Und schließlich ist auch die verjöhnende Wirkung, die in solchem unrentablen Humus liegt, in gewissem Sinne eine — „Garantie des Weltfriedens“.

### Ein Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten?

Der „New York Herald“ publiziert, so wird dem Verl. Tagebl. gefabelt, eine diplomatische Devische aus Washington, die auf die Freundschaft der deutsch-amerikanischen Beziehungen hinweist und mit den Worten schließt:

Das wichtigste aber ist die Tatsache der **Ankündigung der deutschen Regierung, daß sie statt der Stabilisierung von Handelsverträgen den Abschluß eines amerikanisch-deutschen Regiprozessionsvertrages anstrebt.**

Wie bekannt, stehen wir gegenwärtig zu den Vereinigten Staaten im Verhältnis der Weistbegünstigung, d. h. beide Staaten sind verpflichtet, sich gegenseitig diejenigen handelspolitischen Vergünstigungen zu gewähren, die sie andern fremden Staaten zugestanden haben. Die neuabgeschlossenen Handelsverträge haben aber, sofern es bei der Weistbegünstigung verbleibt, unmittelbar die Wirkung, daß die emporstehende Einfuhr nach Deutschland nicht schwerer belastet werden darf, als etwa die österreichische und die russische.

Wenn es die Absicht der deutschen Regierung sein sollte, die Vereinigten Staaten dazu zu bringen, daß sie die deutsche Einfuhr nach Amerika minder schwer belasten, so wäre dagegen nichts einzuwenden. Wie aber die Dinge heute liegen, geht die deutsche Regierung durchaus nicht darauf aus, der deutschen Industrie ihre Ausfuhrbedingungen zu verbessern, sondern vielmehr darauf, die Lebensmitteleinfuhr nach Deutschland zu erschweren. Darum fordern gerade die Agrarier am lauteften, daß die Weistbegünstigungsverträge mit den Vereinigten Staaten und mit Argentinien, wie mit den beiden großen Getreideländern des Westens, möglichst bald gekündigt werden sollten. Dann besteht die Möglichkeit, die Lebensmitteleinfuhr aus dem Westen noch schwerer mit Zöllen zu belasten, als die aus dem Osten.

Man braucht also noch lange kein grundsätzlicher Anhänger der sogenannten „Weistbegünstigungsverträge“ zu sein, um dieser neuen Aktion der deutschen Regierung mit dem allergrößten Mißtrauen zu begegnen.

## Provinz und Umgegend.

**Wiederitz, 15. Februar.** (Gemeindevertreter-Sitzung.) Die Bauarbeiten des Neudorfer Weges wurde eine Kommission gewählt, die die nötige Klärung mit dem Landrat über den Provinzialzweck nehmen soll. Nach der Klärung soll sofort mit den Bauarbeiten begonnen werden. Der Erlaß eines Ortsstatuts betreffend Umfassung wird angenommen mit 13 gegen 1 Stimme. Betreffs der von den Anbauern zu erlegenden Kosten werden diese für die Straße M per laufenden Meter bis zur Mitte der Straße auf 45 Mark festgesetzt. Betreffs des Eisenbahnweges stellt die Gemeinde eine Forderung von 26 000 Mark an die Bahnverwaltung bei Uebernahme des Weges.

**Diesdorf, 15. Februar.** (Eine Gemeindevertreter-Sitzung) findet am Freitag den 17. Februar 1905 statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Vorschlag der Gemeindekasse pro 1905/06 und der damit verbundene Antrag des Ortsfektars Klipp junior auf Gehaltserhöhung. 2. Antrag des Ortsfektars Albrecht Schulze, das Festliche Mählengrundstück durch einen Torweg abzuschließen, wofür Schulze alljährlich 1 Mark als Anerkennung zahlen will. 3. Festlegung der zu zahlenden Pfastergelder und des Anteils des Schlossers Herrn S. Glauer.

**Gründorf, 14. Februar.** (Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins.) Die Versammlung wurde vom stellvertretenden Vorsitzenden um 1/2 Uhr eröffnet. Zum Vorsitzenden des Vereins wurde Genosse Sch. gewählt. Er forderte die Mitglieder auf, nicht ihm allein die Arbeit im Orte zu überlassen, sondern ihm tatkräftig zur Seite zu stehen. Unter „Verschiedenes“ wurde vom Genossen Heße der Vorschlag des Kreisvorstandes zur Sprache gebracht, für diejenigen Orte, welche zu unserm Agitationsbezirk gehören, Personen zu bestimmen, um bessere Agitation einzuführen zu können. Dieser Vorschlag wurde dem Ortsvorstand zur Durchführung überlassen. Außerdem beschloß die Versammlung, im Laufe der Woche eine öffentliche Versammlung zu veranstalten, die sich mit der russischen Revolution befassen soll. Des wichtigen Themas wegen möge schon jetzt ein jeder für ein volles Haus agitieren. Mit dem Wunsch, für einen besseren Besuch der nächsten Versammlung zu sorgen, wurde um 10 Uhr Schluss gemacht.

**Alten, 14. Februar.** (Ansteckende Krankheiten), wie besonders Masern, Scharlach und ähnliche treten in letzter Zeit hier und in manchen Orten unserer Provinz recht häufig auf. Es dürfte daher nicht unangebracht sein, wenn wir bei der herrschenden Unklarheit über das Verhalten bei ansteckenden Krankheiten in der Familie oder im Hause in folgendem einen Auszug aus einer ministeriellen Anweisung zur Verhütung der Uebertragung ansteckender Krankheiten durch die Schulen zur Kenntnis bringen:

1. Zu den Krankheiten, welche vermöge ihrer Ansteckungsfähigkeit besondere Vorkehrungen nötig machen, gehören:

- a) Cholera, Ruhr, Masern, Keuchhusten, Diphtherie, Flecktyphus und Mückstichfieber,
- b) Unsterkeitsimpfung, kontagiöse Augenentzündung, Krätze und Keuchhusten, der letztere, sobald und solange er krampfartig auftritt.

2. Kinder, welche an einer der genannten ansteckenden Krankheiten leiden, sind vom Schulbesuch auszuschließen.

3. Dasselbe gilt von gesunden Kindern, wenn in dem Hausstande, welchem sie angehören, ein Fall der in Nr. 1a genannten ansteckenden Krankheiten vorkommt, es müßte denn ärztlich bescheinigt werden, daß das Kind durch ausreichende Absonderung vor der Gefahr der Ansteckung geschützt ist.

4. Kinder, welche gemäß Nr. 2 oder 3 vom Schulbesuch ausgeschlossen worden sind, dürfen zu demselben erst dann wieder zugelassen werden, wenn entweder die Gefahr der Ansteckung nach ärztlicher Bescheinigung für beseitigt anzusehen, oder die für den Verlauf der Krankheit erhaltungswichtige als Regel geltende Zeit abgelaufen ist. Als normale Ansteckungsdauer gelten bei Scharlach und Pocken 5 Wochen, bei Masern und Keuchhusten 4 Wochen.

Es ist darauf zu achten, daß vor der Wiederzulassung zum Schulbesuch das Kind und seine Kleidungsstücke gründlich gereinigt werden. Von jeder Ausschließung eines Kindes wegen ansteckender Krankheit ist der Kreispolizeibehörde Anzeige zu machen. Da man in den meisten Fällen von ansteckenden Krankheiten doch den Arzt herbeiruft, geschieht ja die polizeiliche Anmeldung von dieser Seite, gleichgültig, ob die Eltern oder den betreffenden Klassenlehrer benachrichtigen.

**Burg, 15. Februar.** (Gewerbegerichtswahlen.) Laut Bekanntmachung des Vorsitzenden des Gewerbegerichts, des Zweiten Bürgermeisters Schwarz, finden am Montag den 6. März, vormittags 10 bis nachmittags 2 Uhr, im Stadtverordnetenversammlungssaal des Rathhauses vier Ergänzungs- und eine Erbschaft zum Gewerbegericht statt, und zwar sind aus folgenden Gruppen Wähler zu wählen: 1. Gruppe A (Eisenindustrie): ein Wähler aus den Kreisen der Arbeiter: 2. Gruppe B (Baugewerbe): ein Arbeiter: 3. Gruppe C (Leberrindustrie): ein Arbeiter: 4. Gruppe D (Holzindustrie): ein Arbeiter: 5. Gruppe E (Textilindustrie): ein Arbeiter: 6. Gruppe F (Versicherungsindustrie): ein Arbeiter: 7. Gruppe G (sonstige Gewerbe): ein Arbeiter. Das genügt wohl, um die Arbeiter dieser drei Berufszweige auszuzeichnen, damit Männer aus ihren Reihen gewählt werden. Da dem Gewerbegericht alle Streitigkeiten, welche aus dem gewerblichen Arbeitsverhältnis entstanden sind, obliegen, so braucht wohl die Wichtigkeit der Beteiligung nicht erst noch extra betont zu werden. Nähere Bekanntmachungen folgen noch.

**Burg, 15. Februar.** (Studienbrand.) Im Hause Kaiser-Friedrich-Straße 30 entstand in der Nacht zum Montag ein Studienbrand, der nach rechtzeitig bemerkt und im Keime erstickt werden konnte. Bei den Löscharbeiten erlitt der Wohnungsinhaber nicht unbedeutende Brandwunden an beiden Händen.

**Gräfen, 15. Februar.** (Wergmannsloß.) Im Credner-Schachte bei Ober-Gräfen wurden sieben Bergleute verunglückt. Fünf wurden getötet, einer getötet und einer schwer verletzt.

**Halberstadt, 15. Februar.** (Die Arbeitslozenzählung.) Welche am Sonntag stattfinden sollte, konnte wiederum nicht durchgeführt werden, weil die Kartelldelegierten fast vollständig nicht erschienen waren. Nur einige Vertreter, welche ihre Aufgabe ernst nehmen, haben ihre Stimmzettel bearbeitet. Wir können es uns nicht verlagern, über die Wichtigkeit dieser Arbeit zu betonen, ließe sich doch gerade die Arbeitslozenzählung überaus wichtiges Material bei Beurteilung der Arbeitsfrage, daß sie nicht vernachlässigt werden darf. Die Kartelle sind mit dazu berufen, statistische Annahmen vorzunehmen. Wird aber eine solche Arbeit nicht einmal durchgeführt, so kann man leicht an der Zweckmäßigkeit des hiesigen Kartells zweifeln. Das kann uns aber natürlich nicht weiter gehen.

— (Das Volksgericht.) Heute wurden die Geschwornen zu der am 6. März beginnenden ersten Schwurgerichtsperiode aus-  
gewählt. Richterpräsident, Ratsherr und zwei sind die ausgewählten „Volksrichter“.

**Halberstadt, 15. Februar.** (Im Traß gefahren.) Entgegen der Straßenpolizeiverordnung soll der Viehtransporter Kippermann mit einem mit Hindrich beladenen Wagen im Traß gefahren sein. Das Landgericht in Halberstadt hatte den Angeklagten zu einer Geldstrafe verurteilt, welche vom Kammergericht bestätigt wurde, unter der Begründung, daß der in der Polizeiverordnung gegebene Begriff „Kipperwagen“ von der Bestimmung nicht befreit worden sei.

**Halberstadt, 15. Februar.** (Zirkus und Panorama.) In der evangelischen Kirche, Domturmhof, wird in den nächsten Tagen ein Zirkus seine Vorstellungen abgeben. Im Stadtpark Panorama wird diese Woche „Wandlung durch Schwaben“ zur Aufführung gebracht.

**g. Halle, 15. Februar.** (Freistunde Arbeiter-freundlichkeit.) Unsere Genossen hatten im Stadtverordneten-Kollegium schon vor acht Tagen den Antrag gestellt, für die Familien der Auskündigen im Ruhrrevier 1000 Mark aus städtischen Mitteln zu bewilligen und den Magistrat um sein Einverständnis hierzu zu ersuchen. Besanntlich wurden zum Kaiserbesuch seinerzeit 70 000 Mark bewilligt, und unsere Genossen wiesen auch bei der Begründung ihres Antrags darauf hin, daß erst vor drei Wochen von den bürgerlichen Stadtverordneten ohne Widerstreben 6000 Mark zu einem Geschenk für den Kronprinzen bewilligt worden sind, da könne man den Bergarbeitern wohl die 1000 Mark gönnen. Oberbürgermeister Stauder berief sich auf den Magistrat in Frankfurt a. M. und sprach gegen die Bewilligung der 1000 Mark, da es sich hierbei um eine politische Angelegenheit handle, auf die der Magistrat niemals eingehen könne. Die Freistunden aller Schattierungen partierten und stimmten geschlossen gegen den sozialdemokratischen Antrag.

**Osternied, 15. Februar.** (Stadtverordneten-Sitzung.) Nach der Einführung des unbeforderten Beigeordneten Herrn Heinrich Schulze wurden die Klassenzölle aus dem Annual der Kammerkasse pro 3. Vierteljahr zur Kenntnis genommen. Die Genehmigung der neuen Ordnung für die Erhebung von Luftschiffsteuer wird beschlossen. Dadurch tritt für alle Vergünstigen und Langzeitarbeiten eine Erhöhung der Steuer ein. Der Satz beträgt nach der neuen Ordnung bis 12 Uhr nachts 6 Mark, darüber hinaus 9 Mark. Dadurch soll verhindert werden, daß die Vergünstigungsbereine noch mehr ins Kraut schälen. Nach der Polizeiverordnung kann für eine öffentliche Tanzmusik nur immer der erste Sonntag im Monat freigegeben werden. Für den Armenkassen-Etat für 1905 wird die Einnahme und Ausgabe mit 17 500 Mark festgesetzt. Der Kammerkassenzuschuß beträgt 10 828,06 Mark. Der Etat der Elektrizitätswerk-Kasse wird in Einnahme und Ausgabe mit 28 600 Mark festgesetzt. Die Rücklage zum Erneuerungsfonds beträgt 3000 Mark. Der Etat der Wasserleitungs-kasse beträgt in Einnahme und Ausgabe 10 639 Mark, der Ueberschuß soll 2774,47 Mark ergeben. Für die Ergänzungswahl des verstorbenen Stadtverordneten Gerner, welche am 7. März stattfinden, wurden zu Beisitzern die Herren F. Koch und H. Warner, als Stellvertreter Dretwa und Lübbert gewählt. Nach Mitteilung des Herrn Ziefeldt ist Aussicht für das Zustandekommen des Durchbaues der Bahn von hier nach Hornburg vorhanden. Abzuwarten bleibt nur, ob der von so vielen Seiten erhoffte Vorteil für unser Städtchen dabei herausspringt.

**Queblinburg, 15. Februar.** (Nachruf.) Am Dienstag früh hat der Tod unsern alten Parteigenossen Heinrich Müller aus dem Leben gerissen. Er war einer der Ersten, der die Ideen des Sozialismus und der Gewerkschaftsbewegung unter den hiesigen Arbeitern verbreitet hat. Ein unheilbares Leiden hat ihn leider zu früh aus seiner Tätigkeit gerissen. Fünfzig Jahre lebend hat er trotzdem für die Partei gewirkt. Die Parteigenossen werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Beerdigung findet Freitag den 17. Februar, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Marktstraße 10, aus statt und werden die Genossen gebeten, sich zahlreich zu beteiligen.

**Satzweber, 15. Februar.** (Von Eisenbahnzug überfahren.) Am Montag abend gegen 11 Uhr wurde am Gitter-schuppen des hiesigen Hauptbahnhofes ein Mann gefunden, dem beide Beine abgefahren waren. Noch lebend wurde er ins Krankenhaus gebracht. Es wurde festgestellt, daß der Mann um 9 Uhr von der Plattform eines Personenzuges gestürzt ist und überfahren wurde, also fast zwei Stunden dort gelegen hatte. Es handelt sich um einen Ungarn, der aus Amerika kam und in seine Heimat wollte.

**Schönebeck, 15. Februar.** (Mittung, Parteigenossen!) Am Donnerstag den 16. Februar, abends 8 Uhr, findet in der „Reichshalle“ eine Parteiverammlung statt. Genosse Richard Ritzsch, Magdeburg, hält einen Vortrag über „Warum sind wir Sozialdemokraten?“. Danach wird der Bericht und die Abrechnung vom Wahlkampf gegeben. Parteigenossen! Agitiert für guten Besuch dieser sehr wichtigen Versammlung.

**Stahfurt, 15. Februar.** (Einigkeit.) Die Gründung des Rabatt-Sparvereins hat nunmehr die im Kreisamtsbereich vereinbarten Kaufleute zu einer schnellen Gegenüberstellung veranlaßt, die den Namen „Einigkeit, Rabatt-Sparverein“ führt. Beide Vereine betreiben sich selbstverständlich leibhaftig. Borkauf errent sich das Publikum der Rabattmarken, bis es eingesehen haben wird, daß es davon keinen Vorteil hat. So günstig ist die Geschäftslage keineswegs, daß die Geschäftsinhaber bei allen Waren noch 5 Prozent Rabatt gewähren können. Auf irgend eine Weise muß der Rabatt wieder heringebracht werden. Das verstehen am allerbesten die Wäckermeister, deren Brötchen jetzt geradezu Bewunderung erwecken. Lange wird es nicht dauern, dann nehmen die Hausfrauen Stellung dazu.

**Stenbal, 15. Februar.** (Ueberfallen.) wurde auf dem Heimwege von einem Maskenball ein Offiziersburche und mit seinem eignen Seitengewehr so zugerichtet, daß er besinnungslos liegen blieb.

**Weißensfeld, 15. Februar.** (Verdrückt.) Das 3-jährige Tochterchen des Polizeiergeanten Werner stieß einen Topf mit heißem Wasser um und erlitt dabei so schwere Brandwunden, daß es bald darauf starb.

**Neue Nachrichten aus dem Lande.** Der Gemeindevorstand in Breitenhagen glitt auf der Straße infolge der Schneefläche aus und verletzte sich so schwer, daß durch einen Gefäßschlag der Tod eintrat. Bei Schenndig wurden jüngst bei der Bearbeitung des Bodens in der Gärtnerei von feil wiederholt menschliche Skelette aufgefunden, die nach Aussage von Fachleuten der sogenannten Klara Kanis einem Kinde Petroleum anstatt Medizin eingegeben, um sich der Arbeit, die es mit dem Kinde hatte, zu entziehen. Das Mädchen wurde verhaftet.

## Gerichts-Zeitung.

### Sandgericht Magdeburg.

Sitzung vom 14. Februar 1905.

**Kuppeler.** Die ledige Klara Jahn hier, geboren 1878, wurde wegen Kuppeler zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

**Sittlichkeitsverbrechen.** In nichtöffentlicher Sitzung erkannte die Kammer gegen den Restaurateur Paul Kluge hier, geboren 1878, wegen Sittlichkeitsverbrechen in zwei Fällen mit einem 13 Jahre alten Mädchen auf 1 Jahr Gefängnis.

**Der Kutschkerparagraf.** Wegen schuldiger Straßenbahn-Transportverweigerung wurde der Kutschker Karl Feist hier, geboren 1866, mit 50 Mk. Geldstrafe ev. 10 Tagen Gefängnis bestraft.

**Auf der Landstraße.** Der schon 46 mal bestrafte Arbeiter Ernst Fischer aus Kammerwalde bettete am 10. Januar d. J. in Alten und schloß gelegentlich dabei aus der Wohnung des Zimmermanns Korhagen ein Paar Schuhe. Der Angeklagte erhielt wegen Diebstahls 14 Tage Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde, wegen Diebstahls 1 Jahr Gefängnis.

**Eine sensationelle Kindesunterziehungssache** beschäftigt das Kaiserliche Landgericht. Dort erstehen eine in dem Dorfe Paaren im Kreise Luthardt wohnende sächsische Landfrau und verlangte den Staatsanwalt zu sprechen. Sie gab an, daß sie in zweiter Ehe mit einem Landmann, der ein kleines Weibchen habe, verheiratet sei. Ihre alte Mutter sei vor einiger Zeit gestorben und habe kurz vor ihrem Tode in Gegenwart des Ortsgeistlichen das Geständnis abgelegt, daß sie sich vor 49 Jahren — so alt ist jetzt die Frau aus Paaren — zu einer Kindesverwechslung habe gebrauchen lassen. Ihr Mann sei damals Arbeiter auf einem dem Rittergutsbesitzer v. Knoblauch gehörigen, bei Rathenow gelegenen Gut gewesen. Dieses Gut sei aber ein Weibchen gewesen, so daß es, falls der Weibchen keine männlichen Erben hinterlassen sollte, an eine andre Familie fallen würde. Um das Gut aber der Familie des damaligen Besitzers v. Knoblauch zu erhalten, wurde,

als vor 40 Jahren Frau v. Knoblauch von einem Mädchen entbunden wurde, dieses mit einem zu derselben Zeit gebornen Knaben der Arbeiterfrau verkauft. Die Frau aus Baun. behauptet, nach dem Geständnis ihrer angeblichen Mutter, daß sie die damals verkaufte Tochter des verstorbenen Rittergutsbesizers v. Knoblauch sei, während der jetzige Rittergutsbesitzer der Sohn des Landarbeiters wäre. Sie will jetzt ihre Rechte geltend machen und hat einen Rechtsanwalt in Mathenow mit der Wahrnehmung ihrer Interessen betraut. Auffällig erscheint der Umstand, daß der verstorbenen Rittergutsbesitzer die Summe von 800 Taler für die frühere Arbeiterfrau grundbuchlich hatte eingetragen lassen. Beim Landgericht wird voraussichtlich die Angelegenheit zivilrechtlich zum Austrag gebracht werden, da strafrechtlich die Sache verjährt ist.

**Eine Großtante des Dichters Wieland,** die in Bremen als Tochter einer Opernsängerin, einer Nichte Wielands, geborene jetzt 60jährige Wäckerin Luise v. Wieland, war vor einiger Zeit wegen Verleumdung ihrer Nachbarin, die sie des Diebstahls zweier Kaschentücher beschuldigt hatte, vom Bezirksgericht Favoriten in Wien zu 48 Stunden Arrest verurteilt worden. Jetzt hatte sich der Appell-Senat in der Berufungsinstanz mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Der Gerichtshof wandelte die Freiheitsstrafe in eine Geldstrafe von 10 Kronen um. Der Vorsitzende entließ die Angeklagte mit den Worten: „Sie müssen auf den Namen, den Sie tragen, Rücksicht nehmen und sich seiner stets würdig erweisen!“

**Ein Rechtsanwalt wegen Unterschlagung verurteilt.** Der Rechtsanwalt Heinrich Hertwig aus Charlottenburg wurde beschuldigt, 1200 Mark, die er im Auftrage einer Mandantin eingezogen hatte, sich rechtswidrig angeeignet und für sich verwendet zu haben, um sich aus einer schwierigen Vermögenslage herauszuhelfen. In der Verhandlung vor dem Landgericht erklärte Hertwig, daß er durch die Schikanen eines ihm feindselig gesinnten Mannes in seiner Praxis dermaßen heruntergekommen war, daß er in Vermögensverfall geriet. Infolgedessen habe sich bei ihm eine hochgradige Nervosität eingestellt, die ihn fast arbeitsunfähig machte und ihn in geschäftlichen Dingen jede Klarheit nahm. Zu dem allen kam noch, daß in seinem Bureau Unterschlagungen in Höhe von 7000 Mark begangen worden waren, durch die er verhindert wurde, das Geld rechtzeitig zurückzugeben. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 1 Monat sowie 2 Jahre Ehrverlust. Der Gerichtshof hielt dem Angeklagten zugute, daß er sich nur in einem durch schwere Schicksalsschläge hervorgerufenen Zustand einer nervösen Depression zu jener Handlung habe verhalten lassen. Der Angeklagte wurde wegen Unterschlagung in ideeller Konkurrenz mit Untreue nur zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten ...

### Militär-Justiz.

**Der Gendarm und die Diebe.** Eine seltsame Affäre beschäftigte diese Tage das Oberkriegsgericht des königlichen Gouvernements in Berlin. Vor einiger Zeit wurde in einem ostpreussischen Städtchen bei dem Rentier Nicolay nachts ein Einbruch verübt. Die Diebe hatten davon Kenntnis erhalten, daß in dem Hause 900 Mark aufbewahrt wurden. Doch vergeblich suchten sie nach dem Geld, das sich in einem sicheren Versteck befand. Am folgenden Morgen erschien der Ortsgendarm, um den Tatbestand aufzunehmen. Der Beamte, der sich gerade in Geldverlegenheit befand, nutzte die günstige Gelegenheit aus. Er machte die Tochter des N. darauf aufmerksam, daß die Diebe jeden Augenblick wieder erscheinen könnten, um die 900 Mark zu stehlen. Als das junge, noch minderjährige Mädchen hierüber erfuhr, erklärte sich der Gendarm gern bereit, das Geld selbst in Verwahrung zu nehmen, um es vor den fremden Händen zu schützen. Ohne Wissen ihres Vaters händigte dem auch das Mädchen dem Beamten die 900 Mark ein. Fürs erste war nun der Gendarm von den Geldsorgen befreit. Doch kurz darauf erschien Nicolay und verlangte das Geld wieder zurück. Der Beamte vermochte ihm jedoch nur 500 Mark zurückzuerstatten und verteidigte ihn mit dem Rest auf später. Schließlich kam die Angelegenheit zu Ohren der Vorgesetzten des Gendarmen, und nur mit Mühe gelang es jetzt diesem, die 400 Mark, die er bereits verausgabt hatte, aufzutreiben. Das Kriegsgericht hatte ihn wegen militärisch qualifizierter Unterschlagung und Mißbrauchs der Dienstgewalt zu 6 Wochen mittleren Arrest verurteilt. Auf die Berufung des Angeklagten sowohl wie auch des Gerichtsherrn hob das Oberkriegsgericht des königlichen Gouvernements das erste Urteil auf und verurteilte den Angeklagten wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt zu 3 Monaten Gefängnis.

**Schüler gehudet.** Der Soldat Müller vom 21. bayerischen Infanterie-Regiment hatte 3 Tage Mittelarrest erhalten, weil er nach einer Schießübung, bei der er wegen seines schlechten Schießens getadelt worden war, geäußert hatte, es sei ihm Wurst wie er schmecke. Er glaubte Grund zu haben, daß der Gezeigte Verwilligung die Anerkennung der Vorgesetzten hinterbracht habe und deshalb an der Bestrafung schuld sei. Deshalb schimpfte er abends auf der Mannschaftsinsub in der Trunkenheit den Gezeigten einen Schnapsler, Lausbub und trawigen Tagdieb, und zu guter Letzt warf er ihm einen Schemel an den Kopf. Das Kriegsgericht in Nürnberg hat angenommen, daß es sich nicht um tätliches Vergreifen an einem Vorgesetzten gehandelt habe, da der Angeklagte sich bei Begehung der Tat der ...

greifen als vorliegend angenommen und Müller zu 1 Jahr, 2 Monaten und 8 Tagen Gefängnis verurteilt wurde.

### Vermischte Nachrichten.

**\* Menzel und das Schürren.** Menzel saß in einer Gesellschaft einer angefahrenen, schon etwas in die Breite gegangenen Schönen gegenüber. Er betrachtete sie, und zum Entzücken seines Gegenüber nimmt er das immer zur Verfügung gehaltene Skizzenbuch heraus und zeichnet sie ab. Die Dame, höchst geschmeichelt, bittet Menzel, ihr das „Porträt“, das er skizziert zu haben schien, zu zeigen. Menzel sträubt sich, aber sie läßt nicht locker. Schließlich gibt er ihr das Buch, aber — o Schreck! — was sieht sie? Nur ein Konterfei eines Teils ihrer Gestalt, und zwar die Partie von der Brust bis zum Schoß. Enttäuscht und fragend blickt sie den Meister an. Der aber antwortet: „Ach, wollte bloß mal sehen, was für komische Linien sich bei der unfruchtigen Schürrenerei ergeben.“

**\* Eine Anekdote von Menzel.** Es war bei einem Festmahl, zu dem unter anderem Berühmtheiten auch Adolf Menzel als Ehrengast geladen war. Einem jungen Herrn, der so vielen Namen von Glanz und Klang bisher nur im Konversationslexikon begegnet war, fiel die Gesellschaft zu Kopf, und er beschloß, die Gelegenheit zur billigen Herstellung eines kleinen Autographenalbums auszunutzen. Mit seiner Speisekarte und einem gepigsten Bleistift bewaffnet, zog er den Ehrenfisch entlang, und in gutmütiger Weinlaune entzogen die meisten der berühmten Männer der bescheiden vorgetragenen Bitte. Nur an Menzel wagte sich der Handschriftfänger nicht heran. Menzel saß in guter Deckung an der Rückwand des Saales, und da die Stunde schon vorgerückt war, träumte er halbgeschlossenen Auges ein wenig vor sich hin, ohne zu ahnen, welches Akzentat gegen die behagliche Verdauungspause geplant war. Endlich sahte der Mann mit der Autographenschürren sein Herz in beide Hände, beugte sich tief zu Menzel nieder und begann mit verlegenem Stottern seine Bitte vorzutragen. Menzel fuhr auf, sah den Betenten von der Seite scharf an und hörte zu, ohne zu zucken. Dann nahm er die Speisekarte, studierte bedächtig die Rückseite, die schon viele gute Namen trug, und drahte das Blatt gelassen um, als wenn er sich noch einmal über die Speisefolge informieren wollte. Unter den Gerichten befand sich auch „Kindfleisch mit Kohl“. Diesen Gang sahte Menzel ins Auge, bezeichnete ihn mit einem festen, tiefen Harfenstrich, setzte sein K. M. darunter und gab, ohne ein Wort zu sprechen, dem Verdunsten das Signum zurück. Er hatte in seiner Art die Dreistigkeit des jugendlichen Autographensammlers und seine Auffassung von diesem Sport bezeichnet.

### Bereine und Versammlungen.

#### Städtische Arbeiter.

Die öffentliche Versammlung, welche sich mit den Bewilligungen des Magistrats an die städtischen Arbeiter beschäftigten sollte, erzielte nach keines starken Besuchs. Der Sekretär des mitteldeutschen Sekretariats des Verbandes der städtischen Arbeiter, Alwin Mohs, hielt das einleitende Referat. Der Redner gab zu, daß der hiesige Magistrat in etwas soziale Fürsorge gezeigt hätte. Was die Löhne resp. deren Höhe anbelangt, müßten die Arbeiter selbst am besten wissen, ob alle Betriebe berücksichtigt seien. Da er aber in der Arbeiterpreise gelesen habe, daß alle Betriebe von einer Lohnaufbesserung nicht bedacht werden sollen, so könne er nur empfehlen, die Organisation auszubauen, um auf geschlossenen Wege Lohnerschüßungen zu erzielen. Dann erläuterte der Vorsitzende die Festsetzung der Löhne im neuen Etatsjahr. Kollege F. bedauerte, daß verschiedene Arbeiterkategorien gar keine Versammlungsberechtigungen gehabt hätten, ferner, daß in den meisten Betrieben wohl der Lohndruck, Geld zu verdienen, aber nicht der Opfer zu bringen. Er verlangt von den Unwesenden agitatorische Tätigkeit, vor Frierern und Streikern könne selbst der Oberbürgermeister keine Achtung haben. Nur die moderne Arbeiterbewegung wird mit allen Hebeln ansetzen können. Die Einnahme des Abends soll den Bergarbeitern im Ruhrrevier überwiesen werden. Zum Schluß gelangte eine Resolution zur Annahme, in der dem Bedauern Ausdruck gegeben wurde, daß bei der Lohnaufbesserung die Arbeiter der meisten Betriebe nicht berücksichtigt worden seien.

#### Vereins-Kalender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt: Sonnabend den 15. Februar, abends

8 1/2 Uhr: Bezirk Groß-Dietrichleben im Stumpffchen Saal; Bezirk Sudenburg und Buckau Beschäftigung der Bäderlei des Konsumvereins Neustadt. Erstere versammeln sich in der „Reichler Bierhalle“, letztere im Hofsaal um 8 1/2 Uhr zum Abmarsch. ...

Verband städtischer Arbeiter, Filiale Magdeburg. Mitglieder-Versammlung am Sonnabend den 18. b. M., abends 8 Uhr, bei Albert Weter, Knochenhauerstr. 27/28. — 408

Bezirk Neue Neustadt. Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Sonnabend den 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Bartels, Fabrikstr. 5-6. Nach der Versammlung (10 Uhr) Besuch der Konsumbäderlei. Die Kollegen werden ersucht, sich mit ihren Frauen zahlreich an diesem Besuch zu beteiligen.

### Briefkasten.

L. Schönebeck. Ja, das Recht dazu hat das Gericht. Ob in dem vorliegenden Fall gerade die Pfändung des Objektes aufrecht erhalten bleiben kann, läßt sich so ohne weiteres nicht beantworten. Wenn die Leute glauben, daß das Stück Möbel für sie unentbehrlich ist, müssen sie sofort die Interventionsklage beim Amtsgericht einreichen.

### Marktberichte.

Magdeburg, 14. Februar. (Mittliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 Stks. ... ab Station und frei Magdeburg. Weizen englischer, gut 167-170, mittel 160-165, gering bis —, do. Kolben, Sommers, gut 178-184, do. Rauchs gut 182-187, do. ausländischer gut 180-190. ...

### Viehmarkt.

Magdeburg, 14. Februar. (Städtischer Schlacht- und Viehmarkt.) Auftrieb 281 Rinder, 255 Kälber, 222 Schafweide, 1277 Schweine. ...

### Wasserstände.

Anst. und Saale.		Elbe.	
13. Febr.	14. Febr.	13. Febr.	14. Febr.
Straßfurt	+ 1.55	+ 1.50	0.05
Weiskens Untp.	+ 1.60	+ 1.62	— 0.02
Erzha	+ 3.30	+ 3.04	— 0.26
Alteleben	—	+ 2.93	—
Bernburg	+ 2.70	+ 1.45	1.25
Salze Oberpegel	+ 2.16	+ 2.02	0.14
Salze Unterpegel	+ 2.66	+ 2.32	0.34
Mulde.			
Deffau	+ 1.31	+ 0.94	0.37
Muldebrücke	—	—	—
Elbe.			
Bardubitz	+ 0.32	+ 0.16	0.16
Branditz	+ 0.91	+ 0.74	0.17
Mühlitz	+ 0.78	+ 0.54	0.24
Reimertitz	+ 0.72	+ 0.45	0.27
Auffig	+ 0.88	+ 0.52	0.36
Dressden	— 0.32	— 0.68	0.36
Torgau	+ 1.20	+ 2.05	0.15
Hilkenberg	+ 3.12	+ 2.22	— 0.10
Hörsian	+ 2.91	+ 2.55	0.36
Barby	+ 3.48	+ 3.12	0.36
Schneebed	+ 3.11	+ 2.81	0.30
Magdeburg	+ 2.80	+ 2.65	0.15
Langenwiesche	+ 3.91	+ 3.57	0.34
Mitteewege	+ 3.24	+ 3.35	— 0.11
Brada-Dänzig	+ 2.33	+ 3.52	— 0.19
Salze-Buta	+ 2.25	+ 2.38	— 0.13

**Nähmaschinen-Reparaturen.**  
Reparaturen an Nähmaschinen, auch Spezialmaschinen aller Systeme und Fabrikate werden sofort und sorgfältig in unserer Reparaturwerkstatt ausgeführt. Ersatzteile und Nadeln zu unseren Maschinen sowie Garn, Seide und Maschinensöl halten stets zu den billigsten Preisen auf Lager.  
Singer Co. Nähmaschinen Akt.-Ges.  
Magdeburg, Breiteweg 189/190.

**Nähmaschine** sehr gut nähend, f. 15 Mk. zu verk., 1016 schön und billig, Bahnhofsstraße 54 pt. 1033  
**Moderne Monogrammschneider** schön und billig, Kaiserstraße 75 III, C. Meyer.

**PALMIN**  
feinste Pflanzenbutter  
unübertroffen zum kochen, braten u. backen  
50% Ersparnis gegen Butter!

**Burg, Oberstr. 86**  
Lager fertiger Säрге in jeder Ausführung  
Möbel in allen Holzarten empfiehlt 2211  
**G. Stollberg**  
Burg, Oberstraße 86.  
Bestellungen und Zahlungen für mich werden im Möbelgeschäft Zerbsterstraße Nr. 9, neben dem Konsum-Vereinslager, entgegengenommen.

**Konsum-Verein Neustadt** führt in allen Verkaufsstellen  
**Kluges Patent-Seifensalmiak**  
Bestes, modernes, bequemes, in diesen Krautenhäusern ausschließliches Waschmittel, reinigt die Wäsche durch Kochen. 2341  
Singer-Nähmaschine, tabellos gut nähend, für 12 Mk. z. verk., Fischereibrücke 10, S. I. pt. 2261  
Küchenzettel der Magdeburger Volkstüche Gr. Marktstr. 21.  
Donnerstag: Erbsen mit Rippenped. Freitag: Kartoffelbrei mit Leber.

Neu eröffnet Tuchhandlung Neu eröffnet  
**Ernst Iffland**  
Magdeburg, Kronprinzenstrasse 3  
1 Minute vom Hauptbahnhof — Fernsprecher 4312

**Grosses Lager in Herrenstoffen aller Art sowie Futterartikel** 2313  
Spezialität: Cheviots und Kammgarnstoffe  
Frühjahrs-Neuheiten  
**Carl Mehmel**  
Buckau, Klosterbergstr. 16  
Rechtsbesitz 973  
in den schwierigsten Fällen an die Exp. d. Bl. 1045  
Fahrad- und Nähmaschinen-Reparaturen werden prompt und billigst ausgeführt.  
Fahrad-Reparaturwerkstatt Sudenburg, Halberstädterstr. 122aa  
Brennecke. 2180



erwerbsunfähig geworden und den Antrag auf Gewährung von Invalidenrente stellte, wurde dieser abgelehnt, weil nur 100 Beitragsmarken gefleht, während mindestens 200 Marken nötig waren. Das Landgericht ging von der Ansicht aus, daß der verforbene L. gegen die gesetzlich obliegende Pflicht verstoßen habe, daß er keine Marken verwendet und deshalb schaden ersatzpflichtig sei. Die von den Beklagten gegen dieses Urteil beim Oberlandesgericht Breslau eingelegte Berufung wurde zurückgewiesen; dagegen hatte die beim Reichsgericht eingelegte Revision Erfolg. Dieselbe stützte sich auf die früheren Entscheidungen des höchsten Gerichtshofes, wonach es Pflicht des Versicherten ist, sich eine Quittungskarte zu verschaffen. Der Arbeitgeber hat dann allerdings die Marken in die Karte zu kleben. In dem vorliegenden Fall hat die Klagerin den Arbeitgeber niemals angehalten, Marken zu kleben. Das Reichsgericht hat die Revision für begründet angesehen; das Urteil des Oberlandesgerichts Breslau wurde aufgehoben und das erstinstanzliche Urteil dahin abgeändert, daß die Klage abgewiesen ist.

Das Reichsgericht hat schon früher einmal den Grundsatz aufgestellt, daß es Sache der Versicherten sei, dafür zu sorgen, daß auch richtig gefleht werde. Die Versicherten haben also damit zu rechnen, daß sie in Zukunft für die Nachlässigkeit ihrer Arbeitgeber leiden müssen. Sicherlich entspricht das nicht der Absicht des Gesetzgebers, aber er hat es leider unterlassen, solche Fälle durch Bestimmungen im Gesetz selbst zu regeln, weshalb das Reichsgericht durch seine Judikatur den Willen des Gesetzgebers in sein gerades Gegenteil umkehren kann.

Wir hatten übrigens die Entscheidung des Reichsgerichts nicht nur aus sozialen, sondern auch aus rechtlichen Gründen für unhaltbar. Sie berücksichtigt nicht den § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, der denjenigen zum Schadenersatz verpflichtet, der gegen ein Gesetz verstößt, das zum Schutz eines andern dient. Es ist merkwürdig, daß diese Bestimmung, die doch getroffen ist, um Fälle, wie die in Rede stehenden zu treffen, nie angezogen wird. Vielleicht erwirbt sich ein Arbeitersekretär einmal das Verdienst, eine Klage durchzuführen, die auf den allgemeinen Grundsätzen für den Schadenersatz basiert.

Wenn das Reichsgericht seine Rechtsprechung nicht ändert, wird man gezwungen sein, das Gesetz zu ändern, und die Schadenersatzpflicht für Arbeitgeber, die ihrer Nebenpflicht nicht nachkommen, ganz unzweideutig festlegen müssen. Einstweilen mögen sich aber alle Personen in versicherungspflichtigen Berufen die Fälle zur Warnung dienen lassen und aufpassen, daß der Unternehmer seine Pflicht erfüllt. Für den letzteren wirken solche Entscheidungen wie die des Reichsgerichts geradezu als eine Anreizung, das Gesetz zu übertreten.

**Die Volksversammlung im „Weißen Hirsche“, in der Genosse Paul Wader über „Die russische Revolution“ sprach, war von circa 200 Personen besucht. In einem fünfviertelständigen Vortrag gab der Referent ein Bild über die Vorgänge, die sich zurzeit in Rußland abspielen und die unzweifelhaft zum Sturz des Zarismus führen werden. Nach dem Vortrag, der außerst beifällig aufgenommen wurde, forderte Genosse Wader die Anwesenden auf, in der Agitation für den Sozialdemokratischen Verein nicht nachzulassen und fortgesetzt für neue Mitglieder Sorge zu tragen. Nachdem Genosse Wader in seinem Schlußwort die anwesenden Frauen aufgefordert, in der Sache der Arbeiter Frauen- und Mädchenbildungsvereine beizutreten, wurde nach Annahme einer entsprechenden Resolution die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die russischen Freiheitskämpfer um 11 Uhr geschlossen. — Die Volksversammlung im „Dreifährerbund“ war schwach besucht. Sie nahm ein Referat vom Genossen August Müller entgegen und wurde nach Annahme einer Sympathieresolution um 10½ Uhr geschlossen.**

**Der „Einfachsinns“ über den Bergarbeiterstreik.** Die beiden erschienenen Nr. 47 des „Einfachsinns“ ist eine Spezialnummer, bezieht „Der Streik“. Folgende Zeichnungen sind darin enthalten: „Der Kohlenkönig“ und „Die Kohlenlunge“ von Th. Th. Heine, „Germania im Aufreiter“ und „Wegen die Reichen dieht er nicht“ von W. Schult, „Das Letzte“, „Ihre Töchter“ und „Galgenhumor“ von Ed. Thöni, „Im christlichen Gewerksverein“ von D. Guldbranson, „Nach dem Grubenunglück“, „Der Kohlenaktionär“ und „Alarminstruktion“ von J. B. Engl, „Bei Sinnes“ von Bruno Paul. Den textlichen Inhalt bilden zwei Gedichte. Wir können unsern Lesern die Anschaffung

graubraunen, mit einer Kapuze versehenen Mänteln um so widerwärtiger; es waren Infanteristen. In diesen Gestalten schienen die Besten sich noch nicht wieder verbrochen zu haben. Sie warteten auf „Arbeit“; es bietet sich ihnen aber keine Gelegenheit, da die Katharinenhütte sorgfältig bewacht wird. Der ganze Hieserbetrieb liegt still; kein Schornstein raucht, kein Hofsofen glüht, die Dampfhammer ruhen. Alles still und tot; nur das Militär lebt. Dasselbe Bild bietet sich auch auf dem Vertriebe der Firma Dietel u. Rigner.

Auf der Mühschicht durchqueren ich im Schlitten das Arbeiterviertel, das ununterbrochen von Kosakenpatrouillen durchkreuzt wird. Die Patrouillen sind meistens aus einem herrlichen Offizier, einem Unteroffizier und sechs Mann gebildet. Alles geht dieser Gesellschaft aus dem Wege und verschwindet in die Gassen, denn das Zusammenstehen mehrerer Personen auf der Straße ist in diesem Stadtteil verboten. Zu meiner Verbunderung wurde ich von einigen der Offiziere begrüßt. Da die einheimischen Straßenpassanten in mangelhafter, dürtlicher Kleidung einhergehen, scheint man in den Kreisen der russischen Offiziere jeden für einen Bourgeois zu halten, der nicht mit zerissenen Hade auf der Straße erscheint und der sich obenbreiten noch einen Schlitten mitweisse leisten kann. Das Sosnowicer Arbeiterviertel bietet zum großen Teil aus großen Familienwohnhäusern, die den Gruben und Hütten gehören, äußerlich alten Kaiserneen gleichen und der Straßen ein ödes trauriges Gepräge geben.

Die für Sonntag mittag geplante Beerdigung der Opfer wurde in letzter Stunde vom Gouverneur verboten, da man neue Anordnungen erwartete. Man fürchtet also doch immer der äußerlichen Nähe des Reichshofs den glühenden Brand, der die Fackel der Freiheit auf neue entfachen könnte. Von meinem Cafe-Wirt erfuhr ich noch, daß zum Abend ein starkes Kommando Artillerie erwartet werde, und daß dann die mit den Vororten circa 80000 Einwohner zählende Stadt von 24000 Soldaten, mit scharfer Kommando ausgerüstet, besetzt würde. Ueber die Zahl der Opfer war Genaueres nicht zu ermitteln; jeder machte andre Angaben. Die geringste Zahl lautete auf 42 Tote.

Nach 7 Uhr dampfte ich wieder über die Grenze. —

der Nummer nur empfehlen. Sie ist für 20 Bg. zu haben bei den Kolporteurin und in der Buchhandlung, Volksstimme. —

**— Eine Übertretung des Krankenversicherungs-Gesetzes.** Am Sonnabend abend gerieten in der R. Wolf'schen Maschinenfabrik in Budau drei Arbeiter in Differenzen mit einem Vorgesetzten, die die Entlassung der Arbeiter zur Folge hatten. Einer derselben, der Arbeiter M., hatte Gelegenheit, am Montag andre Arbeit zu erhalten, mußte sich aber, wie üblich, vor Eintritt der neuen Arbeit von einem Vertrauensarzt dieser Fabrik untersuchen lassen. Da dieser bei dem zu Untersuchenden eine Entzündung der Luftröhre und dadurch entstandene Affektionen des Halses feststellte, sah sich M. gezwungen, einen Krankenschein von der Firma R. Wolf zu holen, um sich auf Kosten der dortigen Betriebskasse, der er noch angehörte, auskurieren zu lassen. M. erhielt auch einen solchen, der den Kranken zu Dr. Gremse in der Sudenburg als den behandelnden Arzt beorderte. Nebenbei war aber auf dem Schein vermerkt, Dr. Gremse möge den M. einem Krankenhaus überweisen. Zu einem derartigen Vermerk war der Ausfertiger des Krankenscheins nicht befugt, denn darüber hat nur der behandelnde Arzt, nicht aber ein Bureauangestellter zu entscheiden. Das wäre noch schöner, wenn irgend ein Schreiber, der mit der Ausfertigung von Krankenscheinen beauftragt ist, auch darüber zu entscheiden hätte, ob, wie in diesem Fall, ein verheirateter Familienvater einem Krankenhaus oder seiner Familie überwiesen werden soll. Wir erwarten bestimmt, daß Herr Dr. Gremse einem derartigen Eingriff in die nur ihm zustehenden Rechte entschieden entgegenzutreten wird. Dem Aussteller der Krankenscheine bei der Firma R. Wolf empfehlen wir aber, den § 7 des Krankenversicherungs-Gesetzes einer eingehenden Durchsicht zu unterwerfen. —

**— Lohnrückläufer.** Aus dem Verbandsbureau der Holzarbeiter wird uns uns geschrieben: Seit einem Jahre sind die Anschläge und Einleger Magdeburgs heimlich, menschenwürdige Zustände in diesem Gewerbe zu schaffen. Die feinerzeit festgestellten Lohnsätze versuchen unlaute Elemente mit allen Mitteln zu unterbieten, so daß es kaum möglich ist, einen Verdienst zu erlangen, welcher unter den heiligen Verhältnissen die Möglichkeit gibt, die Familie durchzubringen zu können. Daß es unter diesen Verhältnissen unmöglich ist, eine saubere Arbeit zu liefern, versteht sich am Rande. Es könnte der Arbeiterschaft auch gleichgültig sein, wenn die Tischlermeister und Bauunternehmer nicht mehr — auf ihre Arbeit gehen. Da aber die Arbeiterschaft den größten Schaden von einer derartigen Schmutzkonkurrenz hat, ist es notwendig, die Unterfügung aller übrigen Bauhandwerker anzurufen. So sind jetzt auf dem Wende in der Dienstfahrräder die Einlegerarbeiten an den Anschläger Weiß zu Breiten vergeben, welche geradezu auf Verschreibung spotten. Weiß ist natürlich nicht organisiert und drückt demzufolge die Preise zum Schaden seiner Berufsstellen! Wende bezahlt 1,85 Mark pro Tür inkl. Beschneiden und Bestoßen — während der übliche Preis 1,75 Mark sein müßte. Für heute nur dieser eine Fall. Für die Folge werden wir rücksichtslos derartige schmutzige Lohnrückläufer an den Pranger stellen. Wir bitten die Bauhandwerker dringend, sich die Anschläge und Einleger vor jetzt ab ganz genau anzusehen und auch ihre Verbandszugehörigkeit zu prüfen. Dann wird auch in dieser Branche Besserung Platz greifen. —

**— Nationalliberales.** Zum Montag hatten sich die Nationalliberalen Magdeburgs den Landtagsabgeordneten Pfarrer Hadenberg verschrieben, der ihnen einen Vortrag über „Politik und Ideale“ hielt. „Central-Anzeiger“ und „Magdeb. Ztg.“ schwingen tüchtig die Metakometrommel für den „bedeutenden Parlamentarier“, den aufs „tiefste überzeugungstreuen Mann“, der stets „auf der Wacht gegen ultramontane Uebergriffe“ steht. Diese „Ueberzeugungstreue“ hat der „bedeutende Parlamentarier“ besonders bei seiner Wahl vor zwei Jahren bewiesen, als er, der Mitglied des Bundestages, ein Wahlkartell mit dem Zentrum schloß, das sich gegen den parteioffiziellen nationalliberalen Kandidaten richtete und Herrn Hadenberg auch das Mandat einbrachte. Gewiß eine merkwürdige Art, den Ultramontanismus zu bekämpfen und den Nationalliberalismus zu stärken. Noch merkwürdiger ist es allerdings, daß die Nationalliberalen stolz auf solche Parteigenossen sind, und am allermerkwürdigsten ist der Lobgefang der „Magdeb. Ztg.“ auf den Herrn Pfarrer, weil dieser der Vater des Schul-Kompromisses ist, das die Schulte der Kirche ausliefert und besonders der „Magdeb. Ztg.“ bekämpft wurde.

Aber es ist ja nationalliberaler Brauch, die am meisten zu feiern, die am wenigsten „Liberalismus“ besitzen. Das paßt ganz zu den merkwürdigen Anschauungen, die Herr Zuchschwerdt, der die Versammlung eröffnete, äußerte. Er klagte über den verfallenen Kanal, der Magdeburg nichts nützt, sondern die Stadt sogar schädigt, weil die Elbschiffahrt mit Abgaben belegt werden soll. Die Handelsverträge, so gestand Herr Zuchschwerdt, sind für die Industrie außerordentlich ungünstig und werden die Magdeburger Industrie schädigen. Daraus zieht der Herr Kommerzrent aber nicht den Schluß, daß die Verträge abgelehnt werden müssen. Im Gegenteil! Er rühmt es, daß die Nationalliberalen, er selbst eingeschlossen, für den Kanal und für die Handelsverträge eintreten, und wenn es den Magdeburgern schlecht ergehen sollte, dann baut er auf den „Fürsten an der Spitze unres Staats“, dessen „weit aussehendem Blick und energischem Eingreifen“ der Kanal zu danken ist. „Und wir alle vertrauen“, so meinte Herr Zuchschwerdt wirklich, „daß, wenn die zu berücksichtigenden Nachteile für unsere Stadt eintreten, seine unermüdbliche Fürsorge für die Wohlfahrt seines Volkes auch die Mittel finden wird, Magdeburg vor größerem Schaden zu bewahren.“

Das Prinzip der Selbsthilfe, das der Nationalliberalismus sonst immer vertritt, wandelt Herr Zuchschwerdt also um in den „Willehm 2. hilf!“ Das ist das selbstbewußte Bürgerium, das nun schon 40 Jahre lang sieht, wie die Junkerpolitik noch und immer noch nichts gelernt hat. Je trögiger und erfolgreicher die Junker sind, desto mehr erwacht im Bürgerium die Hundedemut und schließlich beschwert es sich noch darüber, daß die Junker nicht nur auf ihm reiten, sondern auch recht kräftig ihre Spuren gebrauchen.

Es ist ein recht jammervolles Gebilde, dieser deutsche Liberalismus, und seine Magdeburger Spielart scheint den Ehrgeiz zu haben, an serviler Denkmalsart alle Geminnungsgenossen zu übertreffen. Wie Herr Zuchschwerdt zeigt, gelingt ihm das auch. —

**— Die zweite Schwurgerichtsperiode beginnt am 27. d. M. unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Notering.**

**— Diebstahl.** Einem auf der Durchreise begriffenen Techniker aus Böhmen wurde im Wartehalle des Hiesigen Hauptbahnhofes der gefüllte Reiseförsch gestohlen. Er wurde, als auf die Anzeige des Diebstahls Nachforschungen angestellt wurden, im Hinterlegungsraum vergebunden. Dort wurde der Diebler Johann B. aus Schwica, als er den Korb abholen wollte, wegen Verdachts des Diebstahls festgenommen.

**— Unfall.** Der Arbeiter Walter Schaar aus Sudenburg ist am 3. d. M. beim Turnen abgestürzt, er zog sich einen Bruch des linken Unterarmes zu und mußte, da eine Verschlimmerung drohte, gelten im Sudenburger Krankenhaus Aufnahme finden. — Der Arbeiter Friedrich Große aus Budau ist beim Säcketragen ausgefallen und hingefallen, wobei er sich einen Bruch des linken Unterarmes zuzog; er fand ebenfalls Aufnahme im Sudenburger Krankenhaus. —

### Kleine Chronik.

**Entführung eines Kindes.** Das achtjährige Mädchen Katharina Waten in Telpzig wurde von ihrer Mutter zur Schule begleitet. In der Nähe der Platzschule sprang plötzlich ein Herr aus einer vorbeifahrenden Droschke, riß das Kind an sich und fuhr mit ihm von dannen. Die Frau lebt von ihrem Manne getrennt, und man schließt daraus, daß derselbe bei der Entführung seine Hand im Spiele hat. —

**Chetragodie.** In München gab der Freiherr von Roman auf seine Gattin fünf Revolvergeschosse ab, ohne sie jedoch erheblich zu verletzen. Hieran lörete er sich selbst durch mehrere Schüsse in den Kopf. Chetliche Zerwürfnisse sollen das Motiv zur Tat sein. —

**Luise von Toskana.** Die ehemalige Kronprinzessin hat sich bereit erklärt, ihr Kind dem Vertreter des sächsischen Königs auszuhandigen. Am Dienstag abend um 9 Uhr dürfte Justizrat Köner das Kind übergeben worden sein. —

**Zwei Menschen erstochen.** Im Dorfe Marx bei Buer kam es während einer Feiligkeit aus geringem Anlaß zu Streitigkeiten, wobei ein Anecht mit ein Brenneiergehilfe erstochen wurden. —

### Letzte Nachrichten.

#### Die russische Revolution.

**\* Petersburg, 15. Februar.** Der Streik verbreitet sich langsam. Gestern verließen die Arbeiter der Franko-russischen Werke die Arbeit. Eine Bewegung gegen den Streik macht sich seitens der Gaponisten bemerkbar, die den Ausfall in diesem Augenblicke für gefährlich halten und einen elementaren Ausbruch der Leidenschaften fürchten. Die Arbeiter hegen großes Mißtrauen gegen die neue Kommission. —

**St. Petersburg, 15. Februar.** Zwischen dem Gouverneur des Distrikts Petrikau und den Industriellen des Streikreviers fand nachmittags eine Konferenz statt, bei der der Gouverneur den Standpunkt der Arbeitgeber, erst nach Wiederaufnahme der Arbeit mit den Ausständigen zu verhandeln, als richtig bezeichnete. Der Gouverneur ersieh eine Reihe weiterer Verschärfungen des Belagerungszustandes gegen Streikveranstaltungen. Zahlreiche Verhandlungen sind erfolgt. Unbeliebten Beamten gehen weiter Drohbriefe zu. —

**St. Petersburg, 15. Februar.** Viele streikende Arbeiter und Führer werden seit drei Tagen in aller Stille verhaftet und nach Petrikau übergeführt. In Stawrow befreite die Menge einen Sosnowicer Gefangenentransport aus den Händen des Militärs. In Rabinowich schossen Kosaken in einen Trupp streikender Arbeiter, ein Mann wurde getötet, sieben verwundet. —

**St. Petersburg, 15. Februar.** Die „Petit Journal“ aus Petersburg meldet, wurde über Tomsk (Sibirien) der Belagerungszustand verhängt, da russische Kurden Plakfanden. Die Studenten besitzen die Herrschaft über verschiedene Stadtteile und werden von einem Teil der Bevölkerung unterstützt. Bei den Zusammenstößen zwischen Truppen und Demonstranten am Bahnhof wurde eine Anzahl Personen getötet oder verwundet. —

**\* Kiew, 15. Februar.** Dem Benehmen nach sind die Verwaltungssbeamten der Moskau — Kiew — Woroneß-Eisenbahn in Aufstand getreten. —

**St. Petersburg, 15. Februar.** Die Reichstagskommission zur Vorberatung der Handelsverträge hat sich gestern abend konstituiert. Der Vorsitz wurde dem Abg. Spahn, in Stellvertretung dem Abg. Reich (konf.) übertragen. Man einigte sich dahin, die Verträge einzeln, die Seuchenkonvention von ihnen getrennt zu behandeln. Die Verhandlungen werden heute beginnen. —

**St. Petersburg, 15. Februar.** Nachdem auch der polnische Gewerksverein zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert hat und die polnischen Bergleute dieser Aufforderung gefolgt sind, ist der „normale Zustand“ wieder zurückgekehrt. —

**St. Petersburg, 15. Februar.** Bei der Instandsetzung des Schachtes 3 der Zeche „Matthias Simmes“ kürzten zwei Schachthauer ab. Sie wurden als glücklich verstümmelte Leichen heraufbefördert. —

**St. Petersburg, 15. Februar.** Auf der Ferdinandgrube wurden durch herabstürzende Kohlenmassen zwei Arbeiter erschlagen. —

**Budapest, 15. Februar.** Das Abgeordnetenhaus wird Freitag zusammentreten und sich, ohne daß eine Regierung ernannt wäre, konstituieren. Die Krise wird noch wochenlang andauern. Große Unzufriedenheit hat hier die geführte Rede des österreichischen Ministerpräsidenten Gautsch hervorgerufen, der ein entschiedenes Auftreten gegen Ungarn androhte, falls wesentliche Änderungen in betreff der Ausgleichsfragen vorgenommen werden sollten. —

**St. Petersburg, 15. Februar.** Die Beurlaubung, welche in Vertikowere Kreisen auf das Gerücht hin bisher geherichtet wurde, daß die Regierung hinsichtlich dieser Elemente aus der Arme zu unternehmen hat, ist auf die Erklärung Paschtschich hin geschwunden, daß das Volk die Verdienste der Serbschewer „Friedrichs Alexander“ und der Königin Draga immer hochschätze. —

**St. Petersburg, 15. Februar.** Die „Tribuna“ meldet aus Petersburg, Justizrat Köner ließ gestern der Gräfin Montignolo erklären, er glaube zu wissen, der König werde die Zahlung der der Kaiserin gewährten Rente vom März an einstellen, weil die Gräfin den Vertrag von 1903 verletzt habe. Daraufhin hat Luise von Toskana am Dienstag abend ihr Kind dem Vertreter ihres früheren Mannes ausgeliefert. —

**St. Petersburg, 15. Februar.** Eine Anordnung der Eisenbahnen reiste gestern abend nach Rom ab. Sie wird heute mit Vertretern der sozialistischen Kammergruppe konferieren und sich alsdann zum Minister Tedesco begeben. —

#### Quittung über Beiträge für die streikenden Bergarbeiter.

Am 14. Februar gingen im Gewerkschaftssekretariat folgende Beiträge ein: Verband der Maurer (4. Rate) 99,50 (darunter: 2. 472 5,60; 3. 473 15,80; 4. 453 8,75; 5. 470 3,00; 6. 492 9,50; 7. 478 (aus Obensicht) 24,75; 8. 476 (von ebendort) 22,10; Zahlf. Domersleben 10,00). — Gewerkschaftsliste Calbe a. S. 76,00 (darunter: Extratrag beim Maschinenbau der Turner in der Reichskapelle 7,30; gesammelt b. d. Hl. Hochzeit d. Gen. W. Schöningh 10,01). — Verband der Fabrik-, Land- u. Hülfsarb., Zahlf. Aken, durch Kölling 15,00. — Gesammelt b. d. Dreher u. Steinmetzenverein Schmelzer in Althaldensleben durch Rhode 16,60. — Unbekannter Müller 2,00. — Vaterlandslose in Aken 3,75. — Erleben-Uhrleben, Bazararbeiter 11,20. — W. A. 25,00. — Restaurant Kempf 2,35. — Musikverein „Terno“ 3,95. — F. U. 5,00. — Akt Genossen bei Lorenz 0,80. — Steinarbeiter (2. 434) 2,50. — Verband der Fabrik-, Land- u. Hülfsarb. (4. Rate) 53,40 (darunter: 2. 85 3,10; 3. 100 (Pirifer u. Schül., Kraysen) 7,15; 4. 88 (ebendort) 7,35; 5. 116 7,20; 6. 99 6,50; 7. 101 (ebendort) 6,75; 8. 104 7,05; 9. 81 1,75; 10. 114 (Regist. Alte Reichardt) 0,55). — Uebertragung vom Stat. bei Wöhne 1,00. — Zentralverband der Maurer, Zahlf. Hildebrandt 25,00. — Zentralverband der Handwerker 10,00. — Durch Rede auf 2. 1073 1,55. — Tischlerei Wenzing, Unterk. 4 2,50. — 2. 1463 10,00. — Vogelshod „Luron“, Reichardt 0,30. — W. S. Alte Reichardt 5,00. — Zusammen 343,65. Reicht quittiert 18 708,17, ergibt insgesamt 19 051,82 Mark. —

# H. Lublin

Donnerstag Freitag Sonnabend

## Vorgezeichnete Handarbeiten

2000 Küchentischdecken Fischerleinen, garniert, 67x100	Bert 75	50
300 Besenbehänge mit Ring und Boxte garniert	Bert 1.20	70
200 Besenbehänge Fischerleinen, garniert	Bert 1.50	90
2000 Meter Küchenborten mit Langnette und Figurenmuster	Bert 12	8
100 Paradehandtücher mit Hohstaum und zwei Zwischenfäden	Bert 2.00	1.15
100 Paradehandtücher Fein Leinen Damast	Bert 1.65	95
100 Paradehandtücher mit Hohstaum und à jour	Bert 1.50	95
150 Paradehandtücher mit Hohstaum	Bert 1.00	60
100 Tischläufer Fein Leinen Damast mit Hohstaum	Bert 1.55	85
150 Tischläufer mit doppeltem Hohstaum	Bert 1.20	55
500 Brotbeutel	Bert 12	8
150 Bett-Wandsprüche 70x150	Bert 1.75	1.20

300 Meter  
**Deckenstoff Aida**  
150 cm breit, in verschiedenen Mustern  
Bert 1.40 Meter **1.10**

300 Meter  
**Deckenstoff Aida**  
ca. 170 cm breit, karierte Muster  
Bert 2.25 Meter **1.38**

800 Meter  
**Bauernstoff**  
rot-weiß, hellblau-weiß, dunkelblau-weiß, gelb-weiß  
Meter **1.80**

**Waschechte Stickseide**  
in allen Schattierungen  
Loch **2** St.

600 Klammerschürzen Fischerleinen, garniert	Bert 40	30			
500 Betttaschen	Bert 18	11			
500 Betttaschen mit Spitze garniert	Bert 35	23			
75 Milieux 70x70 mit Hohstaum und à jour	Bert 1.65	65			
150 Tablettdecken mit Hohstaum und farbigen Börtchen garniert					
	16x22	20x30	24x35	32x42	
	Bert 25	35	45	60	
	<b>15</b>	<b>18</b>	<b>24</b>	<b>30</b>	
150 Waschtischgarnituren 5 teilig, mit Langnette	Bert 25	17	Bert 45	24	
250 Schlafkissen lange Fasson, mit Bolant	Bert 50	32			
250 Schlafkissen viereckige Fasson, mit Bolant	Bert 60	40			
225 Aida-Decken 67x67	Bert 1.00	70	35x35	Bert 35	22
60 Aida-Läufer 35x140	Bert 1.00	68			
75 Angefangene Decken Bauernstoff, angefangen, mit Material	65x65	Bert 2.35	1.60		
75 Angefangene Läufer Bauernstoff, angefangen, mit Material	40x160	Bert 2.25	1.50		

## Madeira-Stickereien

500 Madeira-Hemdenpfeifen Handarbeit Strapazierstärke	Bert 45	25	Bert 60	30		
Pfeifen mit Schalterhaken, Rückenteil und Koppel	Bert 1.25	95	Bert 1.50	1.10	Bert 2.00	1.35

400 Madeira-Taschentücher Handarbeit, Langnetten und Locharbeit	Bert 90	65	Bert 1.50	1.00	Bert 2.25	1.35
--	---------	----	-----------	------	-----------	------

600 Meter Langnetten Madapolam-Doppelstoff	Bert 30	Meter	24
200 Meter Schleifenlangnetten Madapolam-Doppelstoff	Bert 55	Meter	43
200 Meter Schleifenlangnetten garniert Großes	Bert 60	Meter	36